

Dresdner Volkszeitung

Postfachnummer: Leipzig,
Asten & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banftonto:
Gebr. Arnholt, Dresden.

Jahresabonnement mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Freizeit, wöchentlich Bringerichter monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierjährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abserate werden die 7 geplante Zeitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsabzügen. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorans zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 62.

Dresden, Freitag den 15. März 1918.

29. Jahrg.

Eine Wahlniederlage der Unabhängigen.

England fordert Hollands Schiffssraum. — Kämpfe in der Ukraine.

Sozialdemokratischer Sieg in Niederbarnim.

wib. (Umfisch.) Großes Hauptquartier, den

15. März 1918.

Weißlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Die tagüber schwache Artilleriebelastung verhinderte sich vor Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschüssen. Während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigenen und feindlichen Erkundungspatrullen vorwiegend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Die Blitze der Franzosen auf der Kathedrale von Reims wurde erneut in Tätigkeit gebracht. Gestriges Verbündeter lag von Metz am auf unseren Stellungen nordlich und nordöstlich von Gröden. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorstießen, konnten nur weichen von der Straßburg-Rourou in unserem vorderen Bereich Fuß fassen; im übrigen wurden sie im Kampf zurückgeworfen.

Auf dem östlichen Mainzer fiel tagüber gesteigerte Feuerkraft an.

Osten:

Feindliche Panzer, die in der Ukraine die von Gomel und Kiew nach Bachmach führenden Bahnen bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen zerstreut. Bachmach wurde besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Rückgang der Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stimmen, die 1912 92 559 und 1918 (für die beiden sozialdemokratischen Kandidaten zusammen) 44 509 betrug, entspricht im Verhältnis dem Rückgang der Wahlbeteiligung. Er steht fast vollständig den Einberufungen zum Heeresdienst zur Last. Die Zahl der für die liberalen Parteien abgegebenen Stimmen für den nationalliberalen und den freisinnigen Kandidaten zusammen 12 761, reicht fast an die Stimmenzahl heran, die 1912 für den Fortschrittkandidaten abgegeben worden ist, und blieb mit 8879 Stimmen hinter diesem zurück. Vor der Wahl hatte Dr. Breitscheid in den Unabhängigen Mitteilungen erklärt, daß es den schwersten Erfolg für die Unabhängigen Sozialdemokraten bedeutet würde, wenn Niederbarnim verloren gehe. Diesen schwersten Erfolg haben die Unabhängigen bei der gestrigen Wahl erhalten! Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterväler des Wahlkreises hat sich durch die Stimmabgabe für Genossen Wissell gegen die Unabhängigen und die von ihnen geübte Politik erklärte und auf den Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterväler hat sich für die Partei und gegen die Unabhängigen entschieden! Diese werden in diesem Falle nicht gut gelingen können, daß der große Hauptwahlkreis unseres Kandidaten auf bürgerliche Unterstützung zurückzuführen sei. Eine solche Unterstützung war vollständig ausgeschlossen, da neben den Kandidaten der beiden sozialdemokratischen Parteien noch drei bürgerliche Kandidaten an dem Antritt um das Niederbarnimer Mandat beteiligt waren, so daß allen nichtsozialdemokratischen Wählern volle Gelegenheit zur Stimmabgabe für einen ihren eigenen Ansprüchen nahestehenden bürgerlichen Kandidaten gegeben war. Die Nationalliberalen waren mit ihrem Stadtkandidaten Mareky, die Freisinnigen mit einem Landarbeiter, dem Eisenbahnhandwerker Hoffmann, und die Konservativen mit ihrem Amtsvorsteher Kühn auf dem Platz erschienen, und obwohl sich von vorherein der Wahlkreis hauptsächlich zwischen den Kandidaten der Sozialdemokratie und der Unabhängigen abwies, so haben doch auch die drei bürgerlichen Kandidaten mit aller Entschiedenheit in den Wahlkampf eingegriffen und für sich geworben. Nur das Plenum, das 1912 eine Bäfunkandidatur aufgestellt hatte, verzweigte diesmal auf eine eigene Kandidatur; es ist aber im Kreis absolut bedeutungslos und brachte es 1912 nur auf 2394 Stimmen. Daß es diesmal seine Bäfunkandidatur nicht erneuerte, ändert nichts an der Tatsache, daß allen bürgerlichen Wählern Gelegenheit zur Stimmabgabe für einen ihrer Vertreterstellung entsprechenden bürgerlichen Kandidaten gegeben war und daß mit ihm der große Erfolg unseres Kandidaten über den unabhängigen Mandatshabercn nur durch die Wähler der Arbeiterklasse erreicht worden ist.

Das gibt dem Wahlausfall in Niederbarnim seine geistige Bedeutung. Wenn die Unabhängigen schon in einem Wahlkreis, den sie als ihre Hochburg bezeichneten könnten und in dem alle Voraussetzungen an einem für sie günstigen Wahlkreisfall gegeben zu sein schienen, eine derartige schwere Niederlage erleiden müssten, dann ist jedenfalls anzunehmen, daß sie bei den nächsten allgemeinen Wahlen in solchen Wahlkreisen, in denen ihre Aussichten von vorherein weniger günstig liegen als in Stadthagens Wahlkreis, noch viel schwächer abschneiden und nur sehr geringe Aussichten haben werden, im nächsten Reichstag überwältigt vertreten zu sein. Das sollte den Unabhängigen doch zu denken geben und sie veranlassen, aus der derben Lehre, die ihnen durch die Arbeiterväler im Wahlkreis Niederbarnim erteilt worden ist, die richtigen Schlüsse und Rückschlüsse zu ziehen.

Eine Vergewaltigung Hollands.

Immer wieder haben wir aus dem Munde der Entente-politiker gehört, daß der Krieg gegen die Mittelmächte zum Schutz der kleinen Nationen geführt werde. Das hat aber die Ententestaaten und vor allem England nicht abgehalten, kleine neutrale Staaten auf das ärgste zu vergewaltigen. Sie haben rücksichtslos die neutrale Schiffahrt in ihren Dienst gezwungen, sie haben auf griechischem Gebiet ein großes Heer landen lassen, ohne zu fragen, ob Volk und Regierung mit ihrem Vorgehen einverstanden sind. Über den tölfte Streit, den sich die Entente bisher in diesem Kriege geleistet hat, ist jetzt geschehen. Von Holland ist verlangt worden, daß es seinen ganzen Schiffssraum an die Ententestaaten auslieft. Es wird darüber berichtet:

Der englische Gesandte im Haag hat im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffssraums gegen entsprechende Praktiken und den Erfolg der torpedinierten Schiffe nach dem Kriege für faktisch auch innerhalb des Seegesetzes verlangt. Der holländischen Regierung wurde für ihre Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht entsprochen werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Hafen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brötgetreide geliefert werden.

Also, entweder Holland gibt seine Schiffe heraus oder die Entente läßt das holländische Volk verhungern. Außerdem werden ihm Gewaltmaßnahmen angedroht, die völkerrechtlich wohl gegenüber einer feindlichen Macht, aber nicht gegenüber einem neutralen Staat galten.

In dem Kriege haben sich ja überhaupt die völkerrechtlichen Bindungen nicht als stark genug erwiesen, um die Staaten an Gewaltstreichen zu hindern. Es geht eben in diesem Kriege um die Existenz der Staaten. Deshalb haben sich die Staats- und Heeresleitungen über alle Vereinbarungen, die in friedlichen Zeiten abgeschlossen wurden, hinweggesetzt. Deutschland hat den Krieg mit einem Bruch des Völkerrechts begonnen, und das ist auch oft angestanden worden. In den Ententestaaten hat man deshalb gar oft Deutschland mit wütenden Entrüstungsbürgern überschüttet. Das Vorgehen der Entente gegen Holland zeigt, wie wenig Recht die Ententestaaten zu ihrer Entrüstung hatten. Rot kennt kein Gebot — das gilt in diesem Kriege nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Ententestaaten, und hinter dem Entrüstungsbegriff, das in England und Frankreich so beliebt ist, steht ein gutes Stück Selbstbetrug und Henschel. — Man hat aus dem Ver sagen des Völkerrechts in diesem Kriege den Schluss ziehen wollen, daß überhaupt alles Völkerrecht wertlos ist. Das ist eine ganz lächerliche Auffassung. Daraus, daß man einen Damm einmal bricht, darf man nicht den Schluss ziehen, daß Dämme überhaupt überflüssig sind.

In der Zukunft wird man versuchen müssen, durch einen zweitmäßigen Ausbau des Völkerrechts Kriege möglichst zu verhindern. Aber damit wird man stets rechnen müssen, daß alle völkerrechtlichen Vereinbarungen wie Zwischenräumen zerreißen, wenn es einmal zum Eigentanzkampf zwischen Großstaaten gekommen ist.

Das Opfer des neuesten Völkerrechtsbruchs befindet sich in einer äußerst ungünstlichen Lage. Erfüllt es die Ententeforderungen nicht, so muß es nicht nur damit rechnen, daß ihm ange drohte Gewaltmaßnahmen angewendet werden, es muß auch fürchten, daß ihm seine Kolonien, die es nicht verteilen kann, genommen werden. Tut es aber alles, was die Entente will, so verleiht es seine Neutralität Deutschland gegenüber, und es ist nicht anzunehmen, daß Deutschland diese Neutralitätsverleihung ohne weiteres hinnimmt. Holland ist wirtschaftlich auch auf Deutschland noch immer stark angewiesen, es braucht vor allem deutsche Kohle, die es nicht entbehren kann, ohne sein Wirtschaftsleben den ärgsten Rötzen auszuzeigen.

Man muß annehmen, daß die Entente sich zu ihrem Vorgehen gegen Holland nicht ohne sehr gewichtige Gründe entschlossen hat. Sie darf sich darüber klar sein, daß dadurch die Sympathien für sie in der neutralen Welt nicht vermehrt werden. Aber die Ententestaaten brauchen den holländischen Schiffssraum bitter notwendig. Die Aktion gegen Holland ist so ein recht deutliches Anzeichen dafür, daß die Entente sehr schwer unter den Folgen des deutschen U-Bootkrieges leidet. Trotz allen schönen Redensarten der englischen Staatsmänner ist es nicht gelungen, den Schiffsbau in England und in den mit ihm verbündeten Ländern so zu steigern, daß die Versuche auch mit einigermaßen ansehnlichen werden, die der U-Bootkrieg bringt. Die Situation der Ententeländer wird immer schwieriger, daran kann kein Zweifel sein, wenn man sich auch dauer hütten muß, so übertriebene Hoffnungen auf den U-Bootkrieg zu setzen, wie das die Rebellen und Ge nossen tun.

Der Vorwärts schreibt zum Niederbarnimer Wahlausfall:

Dieses Wahlausfall bedeutet eine Katastrophe der Unabhängigen. Es ist für sie der Auftakt vom Ende. Als ein klarer und deutlicher Sieg steht es da, daß die Masse der Arbeiterschaft trotz aller Annahme der Unabhängigen der Faden der alten Partei treu geblieben ist. Selbst in der Hochburg und die Unabhängigen geschlagen, in den von dicht proletarischer Bevölkerung bewohnten östlichen Berliner Vororten können sie bei weitem noch nicht ein Drittel der Stimmen aufbringen, während fast die Hälfte der Wählerschaft der alten Partei steht. Wo haben die Unabhängigen noch Boden in Deutschland, wenn sie selbst in Niederbarnim keinen Boden mehr haben, wenn sie nicht einmal das Mandat ihres Führers Stadthagen behaupten können? Den moralischen Endstand dieses Zusammenbruchs der Unabhängigen kann kein Schauder und kein Entschuldigungsgerede aus der Welt schaffen.

Das Resultat wird zum erstenmal seit Menschengedenk in Deutschland — eine Eishochzeit zwischen zwei Sozialdemokraten sein. Die bürgerlichen Parteien, bis zur Parteidistanz in Niederbarnim völlig bedeutungslos, geben den Auslöser. Das ist das heitere Resultat, das die Unabhängigen der Arbeiterschaft bestreitet haben, daß in einem ihrer schwächeren Wahlkreise die Bürgerlichkeit darüber zu bestimmen hat, welcher von zwei sozialdemokratischen Kandidaten in den Reichstag zieht. Früher bestimmten wie das. Auch vor der Spaltung gab es Richtungen in der Partei. Aber welche der Richtungen einen bestimmten Kreis vertreten sollte, das wurde innerhalb der Organisation aufgelöst, niemand hatte bestimmt, aus der derben Lehre, die ihnen durch die Arbeiterväler im Wahlkreis Niederbarnim erteilt worden ist, die richtigen Schlüsse und Rückschlüsse zu ziehen.

Der Kampf um den Schiffraum.

Holland hat noch eine recht erhebliche Handelsflotte. Ihr doppelter Schiffraum beträgt noch etwa 880 000 Brutto-Requisiten-Tonnen. Würde Holland den Forderungen der Entente nachgeben, so wäre es — so befürchtet England, und wohl auch nicht ohne Recht — verhältnismäßig leicht, den übrigbleibenden transatlantischen Ländern beizublumen. Unter diesen hat Schweden noch die größte Tonnage. Es sind etwa 800 000 Brutto-Requisiten-Tonnen, die allein in der Ostsee schwimmen. Die schwedische Reederei ist aber England gegenüber viel weniger hängend als die holländische. Noch abhängiger von England ist die norwegische Schifffahrt, deren bedeutende kleinere Handelsflotte schon im Friedenszeiten zu einem großen Teile in englischen Händen war.

Eden am Sonnabend ist nach einer Meldung des D. T. der Gewaltkreis gegen Holland inauguriert worden. In der an diesem Tage im Haag überreichten Befristeten Note wurde Antwort bis zum 18. März verlangt. Am Montag soll dann die Note der alliierten Regierungen insofern eingehandelt werden sein, als die in Holland liegenden Schiffe nur insofern eingeschränkt werden sollen, als es nötig ist, um den von den alliierten Regierungen benötigten Schiffraum auf 500 000 Tonnen zu erhöhen.

Was wird Holland tun?

Wie der Berliner Polizeizeitung aus diplomatischen Kreisen erfährt, gilt es als ausgeschlossen, daß Holland auf diese Bedingungen der Entente eingehen wird. Man wisse im Haag sehr wohl, daß Deutschland eine derartige Auslieferung des niederländischen Schiffraums an seine Feinde ohne Rücksicht als eine unvermeidliche Handlung ansieht und die Regierungen, darunter ziehen würde. Andererseits versteht man sich in den Niederlanden leinweis, daß eine Weigerung, der Entente zu Willen zu sein, den Verlust Holländisch-Indiens zur Folge haben könnte, und so gibt es noch Aussicht, der holländischen Politiker nur einen Ausweg: Gewalt vor Recht gelten zu lassen, d. h. man dürfe annehmen, daß die holländische Regierung schon jetzt entschlossen sei, so viel Schiffe sich fortnehmen zu lassen, als der Entente eben beliebt. Einzig dieses Eingeständnis einer Ohnmacht gegenüber den hier rivalisierenden Kräften vermag die Selbständigkeit Hollands zu retten, und so werde man dies Eingeständnis stillschweigend machen, um seine Fristen aus diesem Weltbeispiel zu retten. Einen Ausweg kostet man bezüglich des schwierigen Geschwörungsproblems dadurch zu finden, daß die En-

tente bei mit Lebensmitteln beladenen holländischen Schiffen keinen Aufschwung wird.

Der oft offiziell unterrichtete Nieuwe Courant schreibt unter der Überschrift:

Das Recht an der See!

Ende April seien die holländischen Brotvorräte aufgebraucht; selbst die neue Entente könne die Situation nicht entscheidend bessern. Der von Amerika gestellten Bedingungen für die vorläufige Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen, nämlich Auslieferung von 500 000 Tonnen holländischen Schiffraums, neben dem in Amerika befindlichen, scheint es ziemlich aussichtslos, daß die holländische Regierung noch einen Ausweg finden könnte. Die deutsche Einwendung gegen die Auslieferung des Tonnenraums ist verständlich. Die Alliierten wollen das streng neutrale Holland augenblicklich ausschließen. Das versteht sich dadurch, daß die alliierten Regierungen plötzlich ihre Erfahrung aufzugeben haben, daß der hergeleitete Freiraum nicht im Übergang zu führen braucht! Damit sei die letzte Möglichkeit, sich mit Deutschland zu einigen, für Holland geschwunden und dafür die Aussicht gegeben, daß die holländischen Fleeter nichts von ihren Tonnenraum wünschen. Trotz nicht einer ganz unerwarteten Wendung ein, so sei die Möglichkeit eines Einigungsabkommen Hollands und den alliierten Regierungen voreilig. „Unsere überseeischen Freunde“ — so schreibt Nieuwe Courant — haben sie und obgleich unmöglich gemacht, und sie treiben uns, wenn wir dem Hunger, der Arbeitslosigkeit, dem schlimmsten nationalen Elend entkommen wollen, um so mehr in Deutschlands Arme. Kriegsnationen dienten ungewöhnlich auch für die Leute, die den „Militarismus bekämpfen“ wollen, eine Sache, die keine Grenzen kennt.“

Auslieferung der schwedischen Handelsflotte an die Entente?

Malmö, 13. März. (D. T. B.) Südsvenska Dagbladet schreibt: Bei einer Versammlung, die in Göteborg schwedischen mehreren bekannten Männern und Vertretern der Regierung stattgefunden hat, hat, wie Göteborgs Morgengazette erichtet, die Regierung um Abgabe von weiteren 400 000 Tonnen schwedischer Tonnage an die Entente gebeten. Die Vertreter der Regierung stehen einem solchen Vorschlag natürlich bedenklich gegenüber. Es scheint indessen, als ob die Regierung ihre Hände schon im Voraus gebunden und die Handelsflotte Schwedens verschont hat, ohne ihre Bezieher zu fragen. Es würde nämlich angebaut, daß, wenn die Bezieher sich nicht entgegenkomen, stellt die Regierung von dem Entstiegsgesetz Gebrauch machen und die Tonnage zwangsweise requirieren

besser gesagt, die Spise des Hauses von Deutschland abwendet. Bei zahlreichen Gesprächen habe ich kaum einen Menschen gefunden, der nicht mit Abscheu oder Schmerz von der japanischen Intervention gesprochen hätte. — Wie die Berliner Blätter melden, wurde der Moskauer Friedensvertrag, der über die Ratifikation des West-Litauischen Friedensvertrages entschieden soll, vom 12. auf den 14. März vertagt. — Großfürst Konstantinowitsch rief die Kriegervereine, da

Nach einer Teilunionserklärung haben die Soldaten, die nach der Befreiung Odessas auch auf die Kinninae von Oberon gefaßt sind, mit der Raumung dieser Stadt begonnen. Die Raumung geschieht angeblich mit Begrenzung und allerlei Gewaltmaßen.

Der Post. Sta. wird über Kampf in der Ukraine berichtet: Die Befreiung von Odessa erfolgte durch russische Truppen von Galiz aus, die durch Südbesatzungen ausgetauscht wurden. 10 russische Kriegsschiffe lagen vor Odessa. Der deutsche Truppenführer verhandelt mit vier Kommissionen aus der Stadt. Die Befreiung der Stadt aber wird durch die Verhandlungen nicht aufzuhalten. Am Nachmittag kommt aus österreichisch-ungarischen Truppen in Odessa an. Deutlich zu erkennen sind deutsche Abteilungen im Vorort. Gegen den Suwa-Abchnitt, einen Nebenknoten des Donets, Südwärts von Bachmut wurde der Bahnhof Totsch von uns im Sturm genommen. Durch einen feindlichen Angriff südlich von Totsch wurde der aus Infanterie bestehende zahlenmäßig überlegene und gutgeführte Feind, dessen Kern wieder scheinbare Dezerrente bildeten, nach Bachmut zurückgeworfen.

Doch Kyrill erfahren aus Petersburg: Der größte Teil der Schwarzen Meer-Flotte liegt in Odessa. Über alle HandelsSchiffe sind nach Sebastopol übergeführt worden.

Das Wiener Freemanblatt berichtet: Der Präsident des Erziehungsministeriums gab eine Erklärung über die Verteilung der Vorsteile auf der Ukraine an Österreich-Ungarn und Deutschland ab. Der Schlüssel ist folgendermaßen: Für Österreich 1 zu 1 und für andere Bevölkerungsmittel 6 zu 4 zugunsten Österreichs.

Japan, China und Russland.

London, 14. März. (Reuter.) Daily Mail erfährt: Der chinesische Gesandte in Tokio berichtet, daß er bisher nicht imstande gewesen sei, über die Entscheidungen Japans hinsichtlich Sibiriens sicherer Besiedlung zu erhalten. Um Freitagnachmittag fand in der Befreiung des Premierministers eine vierstündige Besprechung statt, an der der Premierminister, der Kriegsminister und der Chef des Generalstaats teilnahmen. Die chinesische Regierung beauftragte ihren Gesandten, der japanischen Regierung mitzutun, daß China an den Maßnahmen, durch die das russische Problem gelöst werden soll, mitwirkt, und daß es die Befreiung der Engländer auf sich berufen lassen wolle, bis der japanische Kaiser nach Peking zurückgekehrt sei.

Infolge der fortwährenden politischen Auseinandersetzungen zwischen Nord- und Südrussland hat der Generalstab nun grobe Schwierigkeiten, um ausreichende Verbündungen nach den bedrohten Strecken der sibirischen Grenze zu schaffen. Aus Japan wird berichtet, daß der japanische Botschafter in Peking von seiner Regierung endgültig Antritts empfing, um zwischen den einander bekämpfenden chinesischen Parteien zu Vermitteln, da diese fortwährenden Schwierigkeiten eine Gefahr für den Frieden im fernsten Osten bilden.

Der russische Gesandte in China, Alex. Kochaschew, richtete einen leidenschaftlichen Appell an die Regierung und berichtete darin scharf die Verantwortung Russlands und erklärte, daß die Hilfe der Alliierten nötig sei, um den deutschen Imperialismus zu bekämpfen. Man sei überzeugt, daß jetzt, wo Japan erklärt habe, daß es keine Annexionsspläne habe, Kaufende von Russen, insbesondere frühere Offiziere, nur auf die japanische Intervention warten, um Truppen zu organisieren und die Ordnung wiederherzustellen.

20000 Tonnen versenkt.

Berlin, 14. März. (Amtlich.) Im Sperrgebiet Englands, vorwiegend im Hermannkanal, fügten unsere Unterseeboote den Gegnern neuerdings einen Verlust von 2000 Brutto-Requisiten-Tonnen Handels Schiffraum zu. Alle verlorenen Dampfer, darunter drei wertvolle Schiffe von 4000 bis 5000 Brutto-Requisiten-Tonnen, waren bewaffnet und größtenteils stark gesichert. Rämentlich festgestellt wurden der einzige beladene französische Dampfer Senegambia (1622 Brutto-Requisiten-Tonnen). Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat der Kapitänleutnant Bieden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine,

Luftangriffe auf die englische Ostküste.

Berlin, 14. März. (Amtlich.) Im Anschluß an eine Patrouillenfahrt in der Nordsee belegte eines unserer Marineluftschiffe, Kommandant Kapitänleutnant Dietrich, in der Nacht vom 18. zum 19. März den Hafen und die Industrie anlagen von Hartlepool erfolgreich mit Bomben. Das Schiff hat trotz zeitweiser starker Gegenwirkung seinerlei Beschädigungen erlitten.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine,

London, 14. März. (Amtlich. Neuer meldung.) Ein oder zwei feindliche U-Boote griffen die Nordostküste zwischen 9.30 Uhr abends an. Etwa 20 Bombe wurden nahe der Küste abgeworfen. Meldungen über Todesfälle oder Sachschäden liegen bis jetzt nicht vor.

+ London, 14. März. (Reuter. Amtlich.) Nur ein Schiff hat die Küste passiert und vier Bomben auf Hartlepool abgeworfen. Das Schiff flog in großer Höhe und blieb nur einige Minuten über dem Lande. Die übrigen Bomben schlugen in die See gefallen zu sein. Sechs Wohnhäuser sind zerstört und zerstört 80 beschädigt worden. Nach den letzten Berichten ist ein Mann, eine Frau und drei Kinder getötet und drei Männer eine Frau und fünf Kinder verwundet worden.

Annehmen oder Ablehnen?

Die Chemnitzer Volksstimme bringt einen M. S. gezeichneten Artikel, in dem es zur Frage der Abstimmung steht:

Unsere Regierung sieht einem Zusammenschluß mit zwei Faktionen, sie trifft ein Doppelgesicht. Das sehen wir heute fast als ungemein wichtig. Versprochen hat sie uns einen Verständigungsauftrag

Unterredung mit Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. A. Röder.

Großes Hauptquartier, 11. März 1918.

* Heute vormittag, kurz vor seiner Abfahrt nach Berlin, hatte ich Gelegenheit, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu sprechen. Die Ausführungen des Marschalls deuten sich naturgemäß vor allem um die militärische Lage Deutschlands. Sie waren aber gleichzeitig auf die politische Wertung der letzten Ereignisse im Osten manches interessante Schlaglicht. Ich gebe referierend in großen Zügen wieder, was mir für Hindenburgs Auffassung der gegenwärtigen Situation charakteristisch erscheint.

Die Ereignisse im Osten beschäftigen den militärisch augenblicklich auf höchste angespannte Geist des Feldmarschalls anhaltend stark. Die Feinde messen uns vor, dort unter Ausnutzung der militärischen Lage eine Gewaltpolitik beiziehen zu können.

Dagegen wendet sich Hindenburg. „Gewiß haben wir kräftig zugegriffen — genau so kräftig wie unsere Gegner es getan haben würden. Der Krieg ist eben keine weiße Sache.“ Aber die Lösung, die wir gewählt haben, ist sogar durch die Entwicklung der Dinge selber geschehen.“ Die russische Revolution hat niemand, auch der Feldmarschall nicht, in diesem Umfang und mit diesen Wirkungen vorausgesehen. Sie hat Russland — ein weitgesichtliches Ereignis, das wir heute noch gar nicht richtig bewerten können — in einzelne Provinzen auseinanderfallen lassen. Diese Lage zwang uns unerbittlich zum Handeln. Sollten wir etwa zuschauen und abwarten, bis die gegnerische Propaganda diese Provinzen wieder zusammengezogen hätte. Das konnten wir nicht. Wir haben uns verständigt mit zweien von ihnen: Finnland und der Ukraine. Großrussland wollte keine Verständigung. Was aus den anderen Teilstaaten wird, ist ihre Sache. Bis jetzt ist eins klar: daß sie sich von Russland losgerissen haben. Aber natürlich können sie nicht in der Luft hängen. Da eine Auseinandersetzung an das eben verlassene Russland unmöglich erscheint, kommt nur Deutschland in Betracht. So und nicht anders ist der Friede im Osten entstanden und zu bewahren.“ Davor abgesehen aber, muß der Friede im Osten uns nach des Marschalls Meinung Grenzsicherungen für die Zukunft zu befreien. Das sprach er Wipp und klar aus. Wie müssen seiner Meinung nach unsere Grenzen ostwärts verschieben — nicht aus Landgier, sondern um jede Wiederholung der beiden Ostpreußen unmöglich zu machen.

Das Geheimnis wandt sich dann verzweifelten Fragen der Heimatpolitik zu, die Hindenburg mit steigendem Interesse verfolgt. „Nicht das Große Hauptquartier ist der Mittelpunkt Deutschlands“, so ungefähr sagte er, „sondern der gute Geist des deutschen Volkes.“ Dem verboten wir alles, das wollen wir nicht vergeßen. Das bin ich meinen Soldaten schuldig. Und ich bin überzeugt, daß dieser Geist auch in der Heimat kräftig bleibt. Das brauchen wir hier draußen als Rückendeckung.“ Wie Hindenburg vor anderthalb Jahren zu mir über die Leistungen der deutschen Arbeitervolk trachte, so heute über die wichtige Frage der künftigen Bevölkerungspolitik. „Es muß etwas getan werden, daß Kindererzieher nicht mehr eine Last für die Unbedritten, sondern eine Freude ist. Jeder Arbeiter sollte sein eigenes Haus und seinen eigenen Garten haben. Das Leben muß ihm zur Freude werden. Dazu sind aber Zeiten nötig, nicht Gedanke. Handlung ist mit lieber als Bewegung.“

Zum Schlus kam der Feldmarschall auf die

spannende Lage an der Westfront

zu sprechen. Jedermann weiß, daß er hier vor Entscheidungen von weltgeschichtlicher Tragweite gestellt ist. Hindenburg sprach über die nächste Zukunft mit demselben ruhigen Vertrauen, wie damals, als ich ihn zu Beginn der rumänischen Offensive besuchte. Was er im einzelnen sagte, entließ sich der öffentlichen Wiedergabe. Aber jeder, der vor diesem durchgearbeiteten Kopf steht, der jetzt anderthalb Jahre das militärische Schild Deutschlands lenkt, hat das falsche Gefühl, daß alles, was er tut, aus sorgfältiger Abwägung aller, nicht nur der rein militärischen Faktoren und aus einem verantwortungsbewußten inneren Muß entsteigt.

Dieselben Eindruck entnahm ich längeren Ausführungen, mit denen General Ludendorff die Worte Hindenburgs ergänzte. Wie Hindenburg, ist auch er sich der Schwere der auf ihm lastenden Entscheidung bewußt, welche der Schweren der Kämpfe, die vielleicht kommen, klar bewußt. Aber wenn sie kommen, so sind sie notwendig für das letzte und einzige Ziel des Krieges — den Frieden. Ludendorff sprach von der Lage der Westfront im vorigen Frühjahr, wo die Aktionen in Belgien, bei Riga und in Italien ihm

zwingen, mit starker Widerheit den feindlichen Schlägen im Westen zu trotzen. Es ist als Feldherren glücklich, jetzt über eine starke Linie und über noch viel stärkere Reserven verfügen zu können. Gestern kennt auch er am besten die Macht der Feinde, die Stärke ihrer Operationsarmee, die guten Bahnen, über die sie hinter der Front verfügen. Dennoch wird der Angriff eröffnet werden, wenn die Umstände es zwingend erfordern. Die Ingobild der Heimat aber soll nicht leicht über die möglicherweise entbrannten Kämpfe denken. Jeglicher Vergleich mit früheren Offensiven würde ein falsches Bild geben. Es wird erst dann angegriffen, wenn volle Sicherheit über den Erfolg besteht.“ Die Worte Ludendorffs blieben scharf und bestimmt.

Die gekrempelten Handen kämpfen nordöstlich Kiew drohten das Gespräch auf die Zukunft der Ukraine. General Ludendorff stellte ausdrücklich noch einmal fest, daß die ukrainische Regierung selbst uns in ihr Land gerufen hat. Gestern lag die Sicherung der Verkehrswägen in unserem eigenen Interesse. Ohne Finnland wäre unser wirtschaftliches Ziel nicht erreicht worden. Das legte uns der General an der Hand eben eingelaufene Meldungen über die jeder Beschreibung spöttenden Zustände in den durch die Bolschewiki terrorisierten Gebieten noch einmal dar.

Wehr noch vielleicht als die Ukraine beschäftigt den General befreitlichweise das Schild Finnlands. Hat er doch als Generalabschluß der 8. Armee die ganze Entwicklung des finnischen Problems in seinem manchmal russischen Stadion von Anfang an selber mit durchgesehen.

„Die Finnen, deren junger Heerestand sich immer besser entwickelt, haben sich an und um Helsinki gesetzt. Es war nach der Entwicklung der Dinge nicht unverständlich, daß sie von uns abgewiesen, anderwohl Anlehnung suchten. So mußten wir zugreifen.“

Ich habe in diesen Schicksalslagen schwerster Entscheidungen mit zahlreichen anderen verantwortlichen Vertretern des deutschen Generalstabes gesprochen. Die riesenhafte Präzisionsmaschine arbeitet auch heute noch mit der Ruhe und Sicherheit, die die Welt an ihr täglich mehr bewundert. Ob die Entscheidung schon gefallen ist, weiß niemand. Über sobald sie gefallen, sobald der Hebel angedreht ist, wird eine furchtbare Bewegung die Erde Europa- und Asiens schüttern.

Soviel der Bericht unseres Kriegsberichterstatters. Wir haben oft dargelegt, wieso wir die nach Osten betriebene deutsche Politik für falsch halten und ablehnen müssen. Daran ändern auch Hindenburgs und Ludendorffs Neuerungen nichts; sie beweisen wiederum nur, daß lästige Feldherren sehr ungünstige Politiker sein können und daß es eine große Gefahr bedeuten kann, wenn etwa die militärische Leitung eines Landes zweimal Einfluss auf die politische gewinnt. Darüber zu wachen ist eine der Hauptaufgaben des Reichstags. Die Mehrheitsparteien sollten beim Reichstag vor allem einmal anfragen, was unter der Befreiung der Feinde, praktisch zu verstecken ist. Soll das etwa noch der Loslösung der russischen Handelsstädte bedeuten, daß nunmehr von diesen Handelsstädten Silber zur Sicherung der deutschen Grenze losgerissen werden? Wird hiermit von Hindenburg etwa auf einen neuen Streich im Osten vorbereitet und wie steht die Reichsregierung dazu?

Das muß der Reichstag angehören der Hindenburgschen Neuerungen fragen. Und er muß vor allem zur Regelung des Schicksals der Handelsstädte wirtschaftliche Garantien dafür fordern, daß das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker nicht derart beseitigt wird, wie es eine einflußreiche Minderheit jetzt in Kurland verfügt.

Zwischen Japan und Deutschland.

Der Petersburger Korrespondent des Daily Telegraph meldet: Man erwartet, daß der Kongress in Woskau die Friedenspolitik Lenins annehmen wird. Die Kriegspartei ist jedoch noch stark und die antideutsche Stimmung noch sehr stark. Ich muß jedoch sagen, daß die Aussicht auf eine japanische Einmischung zur Befreiung Sibiriens die Stimmung gegen Deutschland bestärkt oder

schreibt hat sie uns einen Friede und Gewaltfrieden, der unter dem Segen der aufgeschlagenen Bajonette unterzeichnet wurde! Das Gold hat dies erkämpft, und es muß fernherum die Regierung nicht nach diesen Worten, sondern nach ihren Taten richten! ... Die Sozialdemokratie muß Bürgerlichkeit und Sicherheit verlangen, das ist bei weiteren Friedensabschlüssen ein zweites und drittes Mal vorzeitig vollendete Tatsachen gestellt wird wie bei dem Friedensabkommen mit Russland. Die Sozialdemokratie muß Bürgerlichkeit und Sicherheiten verlangen, doch die Regierung auch entsprechend der Friedensresolution wirklich handelt. Erlangt die Sozialdemokratie diese Bürgerlichkeit und Sicherheiten nicht, so darf sie dieser Regierung keine Gefolgschaft mehr leisten und muß die Anerkennung der Mittel verlangen, die zum Sieg geführten notwendig sind. Denn dann sind die Bedingungen fortgesetzten, unter denen ich in den Augusttagen des Jahres 1914 für die Kriegsvereinigung trat. Nur unter solchen Verhältnissen lädt die Sozialdemokratie ein schweres Gewicht auf ihre Partei! Sie macht sich mutwillig am einem Ausbruch weiterer Kriege, deren keine heute gelegt werden.

Dazu schreibt die Chemnitzer Volksstimme noch einer kurzen Abteilung „der im Osten betriebenen Politik“:

„Unoppositionelle Stellung zu der Regierungspolitik, wie wir zu erkennen haben, eindeutig fundiert, gibt es Mittel gegen die droht nicht auf die Auffassung über die Friedensfrage zu warten. Auf der anderen Seite ist es so, daß wenn die Macht des Reichstages arbeitsfähig wird, die Regierung sich, sofern sie überhaupt weiterregieren will, gezwungen sieht, mit der Rädern zu passieren, alle Reformversprechungen zurückzusenden und nach den Siegen des Herrn v. Hindenburg zu verzögern. Das sehen dann aber doch ungeheure Dinge auf dem Spiel: die Abdankung des Reichstagsabgeordneten, die Bildung einer preußischen Wahlkommission, wichtige soziopolitische Reformen, die Unterwerfung der Kriegsbeschädigten, die Aufrechterhaltung und der Kosten der gewinnbringenden Lebensmittel und Rohstoffversorgung, die Verteilung der Kriegsleuten und manches andere nicht zusammen eine Dinge, die jedes für sich noch nicht viel bedeuten mögen, die aber zusammen zweifellos einen zieligen Schritt nach vorwärts bedeuten. Diese Dinge müssen gezeigt werden, wenn die Sozialdemokratie die jetzige Reichstagsmehrheit sprengen; denn doch ist die Folge der Ablehnung der Kriegskredite wäre, dass es kein Zweiel. Dadurch aber würde die Politik der Sozialdemokratie, die seit Kriegsanfang auf Vaterlandsverteidigung und Friedliche Revolution im Innern eingestellt ist, umschwenken in die Politik der gewaltkamen inneren Revolution unter Opferung des Vaterlandes. Die Feststellung dieser Tatsachen allein genügt, um den einzigen Weg zu weisen: nämlich auch diesmal Beendigung der Kriegskredite.“

Schwäbische Tagwacht:

Kommt die Fraktion noch reißende Erwähnung zu der Ablehnung, daß durch negative Abstimmungen etwas Politisches für die Zukunft erreicht werden kann, so liegt ihr Weg klar vor ihr. Aber solche Stimmen, würden sie politischen Erwägungen zu fügen kennen, wird sie sich nicht hingeben dürfen. Und ebensoviel wird es sich von dem Glaubensatz leisten lassen dürfen, daß der Protest gegen die Regierungspolitik unter allen Umständen durch die Abstimmung aller Regierungsvorlagen zum Ausdruck kommen müsse.

Im Vorwärts fordert Genosse Kampffmeyer die Abstimmung des deutsch-russischen Vertrages:

Genosse Kampffmeyer befürchtet also aus unserer Abstimmung des Friedensvertrages eine Anfeuerung der russischen Kriegsblut und so verlangt er selbst die schärfste Kritik des Inhalts des Friedensvertrages bei unserem zustimmenden Votum. Kann diese Kritik etwa auch zu einer „Fortsetzung“ des Krieges ermuntern? Da können das nicht schließlich alle unsere Friedensabreden gegen den russischen Gewaltfrieden in Kreis-Liowitz geben haben? Die Sozialdemokratie, die noch Kampffmeyer im Reichstag aussprechen soll, so ist mit dem Inhalt des Friedensvertrages nicht einverstanden und entschließt für eine Revibierung dieses Vertrages einzutreten, nicht unter Umständen durch ihre Kritik des Vertrages gar seine Wirkung auf die Russen als durch die Ablehnung des Vertrages. Dafür soll sie offen sofort gegen den deutsch-russischen Vertrag stimmen. Ihr Votum für einen Gewaltfrieden könnte überdies die letzten Reste der international-sozialistischen Friedensbewegung, so noch ehrlich für einen Gewaltfrieden kämpft, in Schutt und Trümmer zerstoßen. Wollt man das nicht auch als eine politische Wirkung der sozialdemokratischen Zustimmung zum deutsch-russischen Gewaltfrieden heraussehen?

Deutsches Reich.

Eine amtliche Erklärung zum Fall Daimler.

Zum Fall Daimler wird von amtlicher Stelle erklärt: 1. Die gegen die Firma Daimler erhobenen Vorwürfe einer Kalkulation und wucherhafter Ueberverteilung sind dem ordentlichen Gericht übergeben und bilden zur Begrenzung der Untersuchung.

2. Die Leitung der Daimlerwerke ist militärischer Art gekennzeichnet und die Aufrechterhaltung des Betriebes ist gesetzlich bestimmt. Dem Vorstande, Kommerzienrat Berger, ist jede Einsicht und jede Beeinflussung der Leitung des Werkes genommen und verboten.

3. Die Preise der Daimler-Rotoren sind trotz militärischen und technischen Überlegenheit noch immer 10 bis 80 Prozent billiger als die aller Konkurrenzfabriken. Sämtliche von der Firma beantragten Gebühren sind seit August 1916 abgeschafft worden. Bei Ausbruch des Krieges wurde mit den Daimler-Werken ein Preisabkommen, der noch um 20 Prozent hinter den Friedenspreisen zurückblieb. Allmählich und dann mit Rücksicht auf die Verkürzung der Rohstoffe und der Arbeitsdauer wurde der Preis ermäßig bis auf die Höhe des Friedenspreises. Anfangs eines neuen Abschlags von 8 Prozent erreicht worden. Höhere als die Friedenspreise wurden niemals gezahlt.

4. Die Haeresieverwaltung ist gegen die Daimler-Werke vorgegangen, sobald sich die Möglichkeit ergab, d. h. die bis jetzt einen entlassenen Beamten beim Reichstag eingepfändet. Der Anlaß hat ihr der bekannte Brief des Kommerzienträters vom 12. Februar, worin er mit der Einstellung der Zeit drohte. Als die Haeresieverwaltung darauf die militärische Uebernahme der Werke anordnete, hat die Fabrikleitung von jenen Brief zurückgesogen und die Offenlegung aller Bücher und Kalkulationen zugestanden. Dagegen sind sämtliche Unterlagen ohne Ausnahme durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Zwei belgische Arbeiter wegen Landesverrats verurteilt.

Wegen versuchten Landesverrats hat das Reichsgericht am 12. November 1917 die beiden freien belgischen Arbeiter Walla und Leopold Baudouin zu drei Jahren Haftstrafe verurteilt. Die benannten waren im Auftrag des belgischen Sozialistischen Arbeiter-Partei ergriffen worden, wie sie bei Dunkelwerken auf ihrer Tat dabei ergriffen worden, wie sie bei Dunkelwerken auf dem Felde 80 bis 80 junge Karoffelpflanzen herausschissen. Als Befreitum hatten sie angegeben, daß es ihnen bei ihrer Tat darauf keinen sei, um den Vernichtung der deutschen Ernte mitzuhelfen. Das Angeklagte, die als freie Arbeiter nach Deutschland kamen sind, um hier Geld zu verdienen, haben sich nicht getraut, die Rüttmachung bei der Zerstörung unserer Felder den feindlichen Angriffsplan zu unterstützen.

Interpellation über die politische Geheimpostzeit in Bayern.

Eine sozialistische Interpellation über eine politische Geheimpostzeit in Bayern ist von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden. Sie lautet folgendermaßen: „Glaubwürdige Berichtsnachrichten aufgezeigt in München eine geheime Überwachungsstelle, deren Aufgabe es ist, die Bekämpfung der bayerischen Bürgertumswiderstandsbewegung auszuführen, hat die Staatsregierung von diesem Vorhaben Kenntnis? Aus welchen Mitteln werden die Kosten dieses Teilstaatsinstitutes bestritten? Was gebietet die Staatsregierung an, um diese Verfolgung des bayerischen Volks zu verhindern?“

Der bayerische Kriegsminister hat Anordnungen getroffen, Militärs und Beamten, die der sozialdemokratischen Partei oder der Unabhängigkeitspartei angehören, und die in Vertrauensstellungen des Heeres tätig sind, sind, besonders zu diesem Zweck, ausser Dienst gestellt. Erklärt die

Geheimpostzeit diese Gewaltbefreiung in diesen Stellungen festzuhalten? Ist der Kriegsminister bereit, über diese auffallenden Maßnahmen Rücksicht zu nehmen? Von Angehörigen des Heeres wird mitgeteilt, ob bestehende Einheiten des Kriegsmaterialamtes ein-

gegeben, um diese Verfolgung des bayerischen Volks zu verhindern?“

Abg. Werner Pörschel (Deutsche Freiheit) tritt in längeren Ausführungen für einen energischen Schluß des Mittelstandes ein.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.): „Wir rufen in die Erneuerung von Mittelstandsschichten in viel stärkerem Maße fortgeschritten als im Frieden. Man will den vernichteten Mittelstand wieder aufbauen. Die hierzu gehörigen Gelder werden verloren sein, denn mit vier hundert oder seihundert paars tausend Mann kann eine Handwerkerzunft heute nicht wieder aufgebaut werden. Die Kriegsbelastungen haben in großer Zahl Kaufleute getrieben. So hat die Gesellschaft superflüssiges Gold bei nur 2 Millionen Mark Kapital 1.95 Millionen Mark Gewinn in einem Jahre erzielt, außerdem aber noch ein Bruttogehalt von 9.8 Millionen Mark erwirtschaftet. Und viele geben diese Gesellschaften mit ihrem Werkzeugwesen gegen die kleinen Gewerbetreibenden vor! So ergänzt das Zigarettenmonopol jeden kleinen Händler zur Unterseite eines Heeres, wodurch er sich verschafft, jetztzit einem Verkaufsstandort das Syndikat Einsicht in seine Bilder zu gewähren, um sich zu überzeugen, daß er nicht von einem sydästisch-syndikalistischen Unternehmer betrogen ist. In gleicher Weise geht das Kapital überall vor. Die von den Unternehmern beschlagene Mittel und Mittellosen helfen den Handwerkern nicht, das kann nur geschehen durch eine vollständige Umwandlung des Produktionszweigs zur Herstellung sozialistischer Mannschaften zu ziehen, sonst der Kriegsminister, der den Soldaten verbietet, mit Parlamentären in Rechte zu treten. Über diese Anordnungen der Heeresverwaltung ist Ausklärung dringend notwendig.“

Abg. Ulrich (Unabh. Soz.): „Wir rufen in die Erneuerung von Mittelstandsschichten in viel stärkerem Maße fortgeschritten als im Frieden. Man will den vernichteten Mittelstand wieder aufbauen. Die hierzu gehörigen Gelder werden verloren sein, denn mit vier hundert oder seihundert paars tausend Mann kann eine Handwerkerzunft heute nicht wieder aufgebaut werden. Die Kriegsbelastungen haben in großer Zahl Kaufleute getrieben. So hat die Gesellschaft superflüssiges Gold bei nur 2 Millionen Mark Kapital 1.95 Millionen Mark Gewinn in einem Jahre erzielt, außerdem aber noch ein Bruttogehalt von 9.8 Millionen Mark erwirtschaftet. Und viele geben diese Gesellschaften mit ihrem Werkzeugwesen gegen die kleinen Gewerbetreibenden vor! So ergänzt das Zigarettenmonopol jeden kleinen Händler zur Unterseite eines Heeres, wodurch er sich verschafft, jetztzit einem Verkaufsstandort das Syndikat Einsicht in seine Bilder zu gewähren, um sich zu überzeugen, daß er nicht von einem sydästisch-syndikalistischen Unternehmer betrogen ist. In gleicher Weise geht das Kapital überall vor. Die von den Unternehmern beschlagene Mittel und Mittellosen helfen den Handwerkern nicht, das kann nur geschehen durch eine vollständige Umwandlung des Produktionszweigs zur Herstellung sozialistischer Mannschaften zu ziehen, sonst der Kriegsminister, der den Soldaten verbietet, mit Parlamentären in Rechte zu treten. Über diese Anordnungen der Heeresverwaltung ist Ausklärung dringend notwendig.“

Das Haus verlangt sich.

Kämpfe in Palästina.

Konstantinopel, 13. März. Der amtliche Tagesbericht meldet u. a.: An der Palästinküste lehnt die Kommandantur am 13. März wieder auf. Starke feindliche Kräfte greifen um 6 Uhr 30 Minuten vormittags die Linie Kast-Antun-Medschel-Naba-Balut-Derjane an. Im flankierenden Feuer unserer Artillerie erhält der Feind schwere Verluste. Alle Angriffe des Gegners scheitern. Nur bei Medschel und Derjane kommt es nach blutigem Nahkampf etwas Gelände gewinnen. Neben diesen Ort hinaus kommt es nicht vor. Weiter östlich wurden schwere Verluste bei Ghaz Amurie an der Straße Jerusalem-Nablus und gegen den Hügel südlich des Kast-Antun und Tell Djerka, sowie gegen den Brüderhof östlich von Jericho abgewichen. Besiegene und einige Gefangene liegen in weiterer Hand. Von dem am 8. März bei Nablus verletzten französischen, mit 3 Geschützen bewaffneten Schiff Allegiance sind 21 Mann gefangen. — In Bezug auf viele Verluste und viel Munition erhebt. Die Armenier verloren etwa 2000 Mann. An der Küste nähern sich unsere Truppen der bislang unbekannten Grenze.

Aus aller Welt.

Der Fall Kieper.

Grauburg, 14. März. Vor dem hiesigen Schwurgericht beginnt heute im Wiederaufnahmeverfahren ein Prozeß, der weit über die Grenzen der Stadt große Interesse hervorruft. Angeklagt ist die Westfälische Caroline Kieper, geb. Jahnke aus Münster im Kreise Schloß A. W., die am 24. Februar 1912 wegen Vergiftung ihres Ehemannes Wilhelm Kieper zum Tode verurteilt wurde, aber zu lebenslänglichem Guchthaus bestraft worden ist. Wilhelm Kieper ist an einer Aesculapergiftung gestorben. Kurz vorher wurden auch die Mutter und der Ehemann der Angeklagten in weiterer Hand. Von dem am 8. März bei Nablus verletzten französischen, mit 3 Geschützen bewaffneten Schiff Allegiance sind 21 Mann gefangen. — In Bezug auf viele Verluste und viel Munition erhebt. Die Armenier verloren etwa 2000 Mann. An der Küste nähern sich unsere Truppen der bislang unbekannten Grenze.

Es wurde dann die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet, so daß der Prozeß nun neuerdings gut Verhandlung gelingt. Den Vorfall in der Verhandlung führt Landgerichtsherr aus Thurn. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Denzel. Die Verteidigung hat wie im ersten Prozeß der Nachbarschaft Dr. Hoffmann (Brandenburg) übernommen. Anger 90 Zeugen ist eine erhebliche Anzahl Sachverständiger, darunter Autoritäten auf dem Gebiete der Medizin und Geschichte, geladen. Der Verteidiger hat die Ladung einer Reihe von Zeugen beantragt, die befragen sollen, daß es sich in dem Falle Wilhelm Kieper nicht um Giftmord, sondern um chronische Selbstvergiftung gehandelt hat. Die Angeklagte besteuert auch heute noch ihre Unschuld.

Graf Lueburg in Palästina.

Hanau, 15. März. Die Times melden aus Palästina: Graf Lueburg ist hier angekommen.

Die Opfer des Unglücks in Hafizay.

Basel, 15. März. Hanas meldet aus Hafizay in Somaliland Präsident des Hilfslandes Rogers erklärt, daß nach den amtlichen Schätzungen die Opfer der Explosion des Minenabwurfs Mont Blanc, der umfangreiche Unglücks in der Stadt Hafizay verursachte. 1000 bis 2000 Tote sind. Der Sachschaden beläuft sich auf 224 Millionen Dollar. 30 Millionen Dollar wurden zur Hilfeleistung gesammelt. Außerdem wird die Regierung des Landes 7 Millionen Dollar für die deingebildeten Bedürfnisse aufzugeben.

Dresdner Polizeibericht vom 15. März.

Döblicher Barbiergeschäft. Einem Hamburger Kaufmann wurde in einem Barbiergeschäft in der Nähe der Prager Straße eine Brieftasche mit über 1000 M. Inhalt gestohlen. Als Dieb wurde ein dort höchstwahrscheinlich Barbiergeschäft ermittelt und festgestellt. Er stahl die Brieftasche aus dem am Kleiderständer hängenden Koffer des Kunden, während dieser von einem anderen Geschäft besuchte. Dem Zeitgenossen wurden noch weitere Diebstähle bekannt, bei denen er dem Kunden die Brieftasche aus dem Mantel stahl, nachgewiesen. In den meisten Fällen hat er Winkel von Soldaten, die sich in dem Laden aufhielten, ausgespielt. Anzeigen über diese Diebstähle liegen hier nicht vor. Beschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Vorbericht der sächsischen Landeswetterwarte für den 16. März 1918.

Wetter hämmer, sonst keine wesentliche Witterung.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung. Donnerstag, 14. März, nachm. 2 Uhr.

Nun Bundecklich: v. Stein, Schuch.

Die Befreiung der Mittelstands-Interpellation wird fortgesetzt.

Abg. Rapp (lond.): Die Aufrechterhaltung des Mittelstandes ist das Staatswohl von ausschlaggebender Bedeutung. Darin sind sich alle Parteien einig, auch diejenigen die auch hier negierenden Sozialdemokratien. Rachen bei den Sozialdemokratien. Siehe bei den Sozialdemokratien 1870. Der Staatssekretär lagte, daß nach dem Kriege von 1870 12 Millionen für den Mittelstand aufgewandt seien. Wenn das diesmal nicht möglich sein wird, so würde das daraus liegen, daß man auf die Förderung einer Kriegsentschädigung verzichtet hat. unter dem Druck der Reichskriegsresolution, so wie das eine solche Rücksicht auf die Bevölkerung erfordert. (Große Unruhe links.) Das deutsche Volk sucht vor einem gewaltigen Siege. (Kurze bei den Sozialdemokratien: Mittelstands-Interpellation!) Die Stilllegungen müssen möglichst befreit werden. Es muß ein allmäßlicher Abbau der zwangsläufigen Kriegswirtschaft stattfinden. Das ist ein Oldenburg-Janfuß lange vor dem Kongress gefordert. (Kurze.) Wenn wir zugeschlagen werden ist. (Kurze)

Verteilung von Sauerkraut.

§ 1. Auf Anweisung „108“ der Lebensmittelkarte (17. Februar bis 16. März 1918) wird
½ Pfund Sauerkraut verteilt.
§ 2. Krankenhäuser und Altenheime können beim Wehlbezirk für die von ihnen zu versorgenden
Kranken aus dem Zivilstande die Ausstellung eines Bezugsscheins beantragen. Hierbei ist ½ Pfund
Sauerkraut für jedes belegte Bett zugrunde zu legen.
§ 3. Die Anmeldung der Ausweise und Bezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat am 15.
oder 16. März 1918 zu erfolgen.
§ 4. Die Geschäftsinhaber haben die Ausweise und Bezugsscheine aufzuteilen, die zuständigen
Wehlstellen am 18. oder 19. März 1918 abzugeben. Nachmelbungen sind ausgeschlossen.
§ 5. Wer gefälschte Ausweise oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige An-
gaben über die Zahl der eingerichteten Ausweise macht, hat kraftrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.
§ 6. Als Wehlstellen sind eingetragen:
a) für Großbetriebe des Kleinhandels (Konsumvereine, Einkaufsvereine),
b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H.
in Dresden sind,
c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produkten-
händler in Dresden sind,
d) für Geschäfte, die weder unter a, noch unter b und c fallen, die Firmen
Gustav Röhne, Wachbleichestraße 7
Mag. Bauer, Schuhstraße 49
Jakob Janze, Kreuzerstraße 18.
§ 7. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 22. März 1918 erfolgen,
widergesetzt sich der Kleinhandler strafbar macht.
§ 8. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 25 Pf. für das Pfund Sauerkraut.
§ 9. Die Abrechnung mit den Wehlstellen liegt der Warenabteilungsgesellschaft, hier,
Danziger Straße 15, 3. ob.
§ 10. Zu widerhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1918
bestrafzt.
Dresden, am 14. März 1918. [S 57]

Dresden, am 14. März 1918. [S 57]

Deuben.

Die amtliche Ans- und Verkaufsstelle für ge-
tragene Kleidungsstücke sowie Schuhwaren befindet sich
hier, Dresden Straße 30, gegenüber dem Rathaus.
Sie ist geöffnet von 8 bis 7 Uhr nachmittags. [W 23]
Deuben, am 17. Mai 1917.

Der Gemeindevorstand.

Herr Barbier Willi Stephan

ist vom heutigen Tage an als Kassenbote und Kranfens-
besucher bei unserer Firma angestellt worden. [S 24]

Dippoldiswalde, den 15. März 1918.

Allgemeine Ortsfrankenfassie Dippoldiswalde.

Verein Volksgesundheit.

Sonntag den 17. März. [S 601]

Ausflug nach der Lößnitz.
Treffpunkt 2 Uhr Bilder Mann. Einzel Vereintreinfahrt
Zum Bieler in Waldendorf. Sonntag den 1. Osterfeiertag
Eröffnung unseres Kurbades am Waldteich zu Wilsdorf.

Wohltätigkeits-Künstler-Konzert

zum Besten der Kriegsbeschädigten
(der Ortsgruppe Dresden der wirtschaftlichen Ver-
einigung Kriegsbeschädigter)

Sonnabend den 16. März, abends 7½ Uhr
— Eintritt 6½ Uhr — [W 51]
im großen Saale des Gewerbehaußes (Ostra-Allee).
Mitwirkende: Erl.-R. Lichtensteiner, Opernägerin, Joh.
Gott. Vorortmeister, Georg Zimmermann, Dichter, Eriegsheim, Rgl. Komponist, und die Kapelle des
Leib-Gren.-Reg. Nr. 100 (Erl.-Bat.). Dirigent: W. Rathé.
Starten à 1.05 u. 2.10 Uhr an der Uebertasse im Gewerbehause.

Prinzeß-Theater

Lichtspiele
Pragerstr. 52

Dämon Geld

Grosses dramatisches Filmgemälde in 5 Akten
aus der glänzenden Serie

Kameliendame, Sibirien.

Ein Spiegelbild menschlicher Leidenschaften
in ihren Höhen und Tiefen.

Rückkehr des Hilfskreuzers
„Wolf“.

Hochaktuelle militärische Aufnahmen.

Tropenkoller

Trickfilm.

Die thüring. Glasindustrie

Aktuell. [S 175]

Täglich von 4 bis 11 Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

39. Sitzung. Donnerstag, 14. März, mittags 12 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl von drei Mitgliedern aus zwei Stellvertretern zum Staatsgerichtsrat (Zeit. Nr. 25). Gewählt werden durch Justizministerialrat Geh. Justizrat Dr. Rudolph Dresden, Oberlandesgerichtsrat, Zionsgärtner a. D. Thiersch-Dresden, Reichsamt für Hoch- und Tiefbauamt Dr. Stöckel-Dresden und Reichsgerichtsrat Sievers-Weißig.

Darauf wird in die allgemeine Vorberatung über den Gesetzesentwurf eingetreten.

Aenderung des Gesetzes über die Gerichtskosten

am 21. Juni 1900 eingetreten.

Zustimmler Dr. Anger begründet die Vorlage. Die Gerichtskosten sollen genügt nicht eine Entschädigung für den Staat bilden, was aber fallen sie einen angemessenen Beitrag zu den Kosten des Staates aus der Handhabung der Gerichtskosten ergeben. Davor kann schon lange keine Rede mehr sein. Bekanntes hat seitens der Einwohner der Justizverwaltung in der Kriegszeit keinen. Die Einwohner einer Schuhherrenstadt hätte sich schon vor dem Kriege ergeben, denn die bisherigen Sätze entsprachen nicht mehr der Wirklichkeit. So habe bei einer Fehde von 30 Millionen Mark, die jetzt nochmals intensiv beschäftigt, die Ausgaben auf Grund der jetzt geltenden Bestimmungen nur eine Größe von 30 M. verbraucht werden können, während die Preise dafür 2500 M. erhoben worden wären. (Hört! hört!) Selbst wenn aber die Vorlage bestiege, würden die höheren Gebührensätze infolge der durch die Erneuerung notwendig gewordenen Zuschriften und Anträge zu einer wesentlichen Herabminderung des staatlichen Aufwandes zu den Kosten der Rechtspflege nicht führen. Die Abänderung des Rechtschutzesfolges solle aber keine Kompromissnahme sein. Weiter bemerkte der Minister, dass dem Landtag schon in den nächsten Tagen auch eine Vorlage zur Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren in landesrechtlichen Sachen, und zwar um 25 Prozent, vorliegen werde.

Abg. Dr. Küller (nass.) erläutert, dass seine politischen Freunde sich zu den Grundsätzen des Rechtsfreundlich seien. Dass man in absehbarer Zeit zu einer Unentbehrlichkeit der Rechtspflege kommen, sei ganzlich ausgeschlossen. Die Erhöhung der Ausgaben möge auch zur Aufspannung der Einnahmen führen. Sowohl nicht eine übermäßige Belohnung des rechtschützenden Publikums eintrete, sei die Erhöhung der Gerichtskosten bei dem geforderten Geldwerte notwendig.

Abg. Dr. Mangler (cons.) kommt mit seiner Aktion mit einer gewissen Neigung der Vorlage im allgemeinen zu. Die Erhöhung der Gebührensätze entspricht durchaus den Wünschen der Richter. Das Gesetz entbehre auch nicht eines geistigen sozialen Einschlages. Es werde in Vorwurfsbeschaffungen die Vermögensgrenze, bis zu welcher Gebührenfreiheit besteht, erhöht. Der Grundtag, das die Richter die Gerichte in Anspruch nehmen, stützt zu den Kosten der Rechtspflege heranzuziehen sind, sei durchaus richtig. Außerdem müsse, dass die kurzfristigen Gefängnisstrafen abgeschafft und durch entsprechende Geldstrafen ersetzt werden. Auf diese Weise könnten der Staatskasse noch bedeutende Mittel zugeschoben werden.

Abg. Grobisch (part. Vp.) erkennt mit seinen pol. Freunden an, dass die Vorlage einen erheblichen Mangel beinhaltet, da dem das sächsische Gerichtssysteme bisher litt. Die Erhöhung der Höchststrafe helfen wie grundsätzlich gut, können aber unter Umständen nicht schaden, sie führt vielmehr auf ihrem Programm und fordert deshalb nach wie vor Unentbehrlichkeit der Rechtspflege und Rechtshilfe. Eine Lösung im Sinne dieses Programms in die einzige richtige. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist dazu allerdings wenig geeignet, die Mehrheit dieses Hauses und auch die Regierung würden einer solchen Forderung wohl kaum zustimmen, wohl aber müssen wir bei jeder Gelegenheit versuchen, die Rechtspflege im sozialen Sinne zu verbilligen. Bei Strafzulässigkeiten zu gewöhnlichen Prozeduren, bei kleinen Anzahlungen und vorher Bekämpfung sollten nicht die hohen Gerichtskosten entstehen wie bisher. Die Rechtspflege darf auch in eigentlichem Sinne keine Steuerquelle sein. Viele Dinge müssen heute noch auf dem Wege der Justiz erleidet werden, die heute schon unentbehrlich sein sollten. Bei Willkür-Richter- und -Vorwurfsfällen lasse ich nichts gegen eine Erhöhung der Gerichtskosten sagen, ebenso über doch die Herrschaften auch noch anders reden, z. B. durch eine entsprechende Strafzulässigkeit oder ein ausgedehntes Erbrecht des Staates. Dem Justizminister könnte es doch gleichzeitig sein, ob durch seine Amtsstelle oder durch eine andere Weise herzumünne. Mit der Verhängung von Geldstrafen an Stelle von Freiheitsstrafen sollte man doch sehr vorsichtig sein. Die Herren würden dann ihre Strafe absitzen müssen, während die Richter einfach die Geldstrafe, die für sie tatsächlich keine Strafe ist, bezahlen würden. Dies wäre es richtig, auf Geldstrafe und Gefängnis zu erkennen. Wir sind gewiss nicht für eine allgemeine Strafverhöhung, in Fällen aber, in denen die jetzige Art der Strafe unmöglich eingeschoben wird, da genügt eine Geldstrafe nicht, da wirft noch Gefängnis hinzu kommen. Die Einfachheit hat gegen die bestimmten Rechtsfälle allgemein zugewonnen. Bei den Fällen, die kommen, steht in Betracht, dass sie einzeln und allein auf die Richter angewiesen sind und sich nicht noch auf andere Weise etwas verschaffen können.

Die Vorlage geht zur Weiterberatung an die Geschäftsführung über.

Rückliche Sitzung: Montag, nochmittags 4 Uhr: Gebührenzusage für die Richter; Erneuerungsanträge.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein neuer Trick der Vaterlandspartei.

In weich struppeliger Weise die Vaterlandspartei die Autorität der Gemeindevorstände für sich auszunutzen versucht, zeigt ein Aufsatz dieser Kriegstreiberei, das die Zittauer Morgenzeitung veröffentlicht. Es ist in Maschinenschrift hergestellt und lautet:

Sehr geehrter Herr Gemeindevorstand!
Da uns sehr viel daran liegt, dass sich unsere Gedanken auch in Ihrem Orte weiter ausbreiten und starke Wurzel fassen, erlauben wir uns hiermit die höfliche Anfrage, ob Sie gewollt sind, unserer Vaterländischen Bewegung dort die Wege zu ebnen. Wir sind der Meinung, dass das gar nicht schwer sein

kann, denn sicher steht so mancher Ihrer Einwohner auf unserem Boden und es bedarf nur der Aufrufsernung zum Beitritt.

Dafür würden wir Ihnen nun sein, wenn Sie das Amt eines Vertretersmannes übernehmen würden. Werbeblatt und sonstiges Ausführungsmaieral steht Ihnen in jeder Rente zur Verfügung.

Wir bitten Sie also, dieses unser Ansuchen wohlwollend anzunehmen und uns baldigen Besuch zu geben. Sollen Sie wider Erwarten nicht in der Lage sein, diese Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, dürfen wir Sie wohl um Anstreichen etwa gelegter Herren bitten.

Hochachtungsvoll
Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei
im Königreich Sachsen.
Dr. Landesvorsitzer.

Dazu bemerkt das obengenannte fortschrittliche Blatt unter anderem:

Auf dem Friedensauftakt sind die Worte „An den Herrn Gemeindevorstand“ mit Gummistempel aufgedruckt, woraus hervorgeht, dass es sich um eine Massenverteilung an die Gemeindevorstände handelt, nur der Ortsname ist handschriftlich hinzugezogen. Das Anstreichen selbst will zwar den Antheil erweisen, als ob es an den Gemeindevorständen eines ganz bestimmten Ortes gerichtet sei, aber da weder der Name des Gemeindevorstands noch der Ortsname genannt sind, so ergibt sich im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsverzeichnis auf dem Friedensauftakt, dass allen Gemeindevorständen das Interesse versteckt ist, gerade auch an ihrem Orte.“

Man kann nicht darüber hinwegkommen, dass es die Reichstagsmehrheit ist, deren Friedensresolution vom 19. Juli 1917 befürwortet wird, die auch die Zustimmung der Reichsregierung gefunden und überwunden ist, nach einer Besprechung von Vertretern der Mehrheitsparteien mit den Männern der Obersten Heeresleitung ihre endgültige Fassung erhalten hat, worauf sie vor der Annahme im Reichstag am 15. Juni vom Reichskriegsministerium veröffentlicht worden ist. Um die Autorität der auf den besten Informationen fugenden Resolution zu erhöhen, greift man darüber zu einer Täuschung des Publikums, das man plausibel machen will, die Reichsregierung habe sich lediglich aus Solidarität dem Vorwurf der Reichsabschöpfung gesellt, in Wirklichkeit aber liege die heidnische Zustimmung hinter der Agitation der Vaterlandspartei, die von niemand etwas bewiesen. Dieser Zweck diene der Vaterlandspartei als Vorpanne für die Vaterlandspartei zu bewirken.

Wenn dieses verwerfliche Manöver zu dem Erfolge führt, das in der Tat zahlreiche Gemeindevorstände sich einzusagen lassen und mit ihrer amtlichen Autorität als Vertreter der Vaterlandspartei für deren soziale Anerkennung und Mitgliedschaft werden, so wird natürlich in den weitesten Kreisen die Meinung klar greifen, diese behördliche Organe handeln nach einer geheimen Anweisung der sächsischen Regierung. Wütig kommt diese in den Verband der Gruppe gegen die Reichsregierung und sie zieht gegen den Kaiser, da dieser doch die Zustimmung der Reichsregierung zu der Friedensresolution zugelassen hat, oder es wird angenommen, die Reichsregierung habe selbst gegen die Agitation der Vaterlandspartei nichts einzutreten und sei mit deren Begünstigung durch die sächsische Regierung heimlich ganz einverstanden.“

Der Sendung an die Gemeindevorstände ist auch ein Flugblatt beigelegt, das von dem berüchtigten Prof. Kauder-Helgoland verfasst ist. Darin werden die wahnwitzigen Annexionsbestrebungen vertreten und unter anderem betont, dass Deutschland Galizien, ein großes Kolonialgebiet und eine große Kriegsentzündung haben müsse. Mit einem von Wahlkreisentschließungen durchdringenden Wütten geht dieser Ausdruck gegen die Friedensresolution des Reichstags und die innere Neugestaltung vor. Alles, was sich seither diese Gruppe wahnwitziger Annexionsisten an egoistischen Machtfeld und reaktionären Machenschaften geleistet hat, findet sich in diesem Flugblatt vereinigt, das dazu bestimmt ist, die sächsischen Gemeindevorstände vor den Wogen dieser struppeligen Kriegstreiber zu spannen. Doch es wird nötig sein, von der sächsischen Regierung Aufklärung darüber zu fordern, was sie zu diesen Machenschaften der Vaterlandspartei sagt.

Vom fortschrittlichen Abgeordneten Brodauf ist inzwischen eine Interpellation im Landtag eingebracht worden, die offenbar durch die gefürchteten Versuche der Vaterlandspartei mit den Gemeindevorständen veranlasst ist. Sie lautet:

Ist der Königliche Staatsregierung bekannt, dass Vorgesetzte amits bei den ihnen unterstehenden auf den Bevölkerungsbereich der Vaterlandspartei und zur Propaganda für diese eingeweiht haben?

Ist der bekannt, dass seitens der Vaterlandspartei verschwunden ist, für ihre Werbungsaktivität die Autorität der Gemeindevorstände zu benutzen?

Ist die Königliche Staatsregierung bereit, dem Vorgange der preußischen Ministerien folgend, die ihr nachgeordneten Stellen darauf hinzuweisen, dass die Vaterlandspartei eine politische Partei ist und das deshalb jede amtliche Agitation für sie ungültig ist?

Darauf dürfte sich wieder eine lebhafte Debatte ergeben.

Bedenkliche Freisprechungen.

Aus Zittau wird gemeldet: Wegen falschen Angaben bei der Kartoffelbestandsaufnahme standen die Landwirte Gustav Schwartzbach in Lichtenberg, Reinhold Scholze in Reichenau und Gustav Welt in Oberweigsdorf vor dem Schöffengericht in Reichenau. Die Angeklagten hatten Strafbescheide über 2400 M., über 900 M. und über 100 M. erhalten, gegen die sie gerichtliche Entscheidung beantragt hatten. Sämtliche drei Landwirte wurden freigesprochen, weil das Gericht annahm, dass sie teils im guten Glauben gehandelt hatten und dass sie sich teils verächtigt hatten.

Wenn auf so gewagte Ausreden hin freisprechende Urteile gefüllt werden, dann kann man in Zukunft nicht erwarten, dass die Bauern gewissenhafte Angaben machen und sich bei dem Bemühen, die Versorgung der Bevölkerung durch Zurückhalten großer Vorräte Lebensmittel zu erschweren, um für den einträglichen Schleichhandel genügend Vorräte zu haben, irgendwelche Beschränkungen auferlegen werden.

Drei Personen durch Fleischgenuss vergiftet.

Von einem tragischen Gescheid, das die Familie Schröder in Leipzig-Lindenau, Henriettenstraße 40, betroffen hat, berichtet die Leipziger Abendzeitung: Vor einiger Zeit erhielt die Familie aus Aufland Spez byn. Rauchfleisch zugeschickt. Nach dem Genuss dieses Fleisches stellten sich bei sämtlichen Familienangehörigen Vergiftungserscheinungen ein. Besonders schwer erkrankte der Herrmann Schröder und die beiden erwachsenen Töchter, die am meisten von dem Fleisch genossen hatten. Trotz sofortiger ärztlicher Behandlung und Überführung nach dem Diaconissenhaus in Leipzig-Lindenau verstarben die genannten drei Personen kurz hintereinander. Frau Schröder und ein Enkelkind, die nur wenig von dem Fleisch gegessen hatten, waren davon. Ein zwölfjähriger Sohn liegt gegenwärtig noch im Diaconissenhaus krank.

Stadt-Chronik.

Ernährungsfragen im Plauenschen Grunde.

Mit Ernährungsfragen musste sich der Gemeinderat zu Post aufapfel in seiner Sitzung am Mittwoch abend wiederum beschäftigen. Nach Bekündigung der Tagesordnung kam Gemeinderat Dr. Schäffer auf eine Unterstützungsaktion für die notleidenden Deutschen an der böhmischen Grenze zurück, die nach einer Einigung am Hungerlophus und Unterernährung leideten sollen. Er meinte, es sei current angebracht, auch auf die Notlage hinzweisen, die in unserem Gegend besteht. Die Klagen darüber, dass die Familien mit den ihnen zugewiesenen Rationen nicht auskommen könnten würden von Tag zu Tag größer und viele erklärt, dass sie am Ende ihrer Kraft angelangt seien. Wer sich nicht auf irgend eine Weise noch etwas beschaffen könne, der müsse über kurz oder lang abgewirtschaftet haben. Heute ohne jede Verbindung seien geradezu zu höben. Wertvolle Nahrungsmittel würden in äußerst geringem Maße zur Verteilung gebracht und infolgedessen seien die Kartoffelflächen längst aufgegraben. Dagegen kommt nun noch die Sperrung der Kartoffelfläche C. In den letzten Tagen seien wiederholte Leute bei ihm gewesen, die erklärt, sie hätten sich jetzt von Kartoffelschäden nähren müssen. Es müsse bei der Landeskartoffelfläche energisch darauf hingewirkt werden, dass eine Extraktion zur Verteilung gebracht werde. Bei dem Wangel an Fleisch, Fisch und Hasefabrikat ist, wie sie die Kartoffel wenigstens ein Notbehelf. Schließlich an der ganzen Risse sei, dass die Regierung den Erzeuger nicht darf genug anfasse. Zum Beispiel ein Hall aus Preußen bekannt, wo eine drei Personen starke Familie von 1% Morgen Land 100 Zentner Kartoffeln geerntet habe, davon hätten nur zehn Zentner abgeliefert werden müssen. Weder man noch die Stadt ob, so blieben den drei Personen über 100 Zentner Kartoffeln. Überhaupt würden in landwirtschaftlichen Betrieben fünf, bis sechzig mehr Kartoffeln am Tage verbraucht, als die Nation für eine Woche auf den Kopf der Verdösterung benötige. Dazu kommt noch das, was in Woch gefüllt werde. Selbstverständlich sollte der Erzeuger besser gestellt sein; ein Jubiläum aber schädigt die Allgemeinheit. Dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich jeder zu helfen sucht, wole er könne, sei niemand zu verbieten. Was sollen aber die tun, die von niemand etwas bekommen? Dringende Abhilfe ist not, damit die Hunger-Situation vom vorherigen Jahre nicht wiederkehre. Um etwas zu bekommen, sollte man energisch bei den Behörden vorstellig werden, damit eine Sonderzulieferung von Kartoffeln möglich werde.

Gemeindevorstand Baumann erwiderte: Es dürfte in Postschappel kaum Leute geben, die auch ihre Kartoffelflächen bereits aufgegraben haben. Die Einwohner hätten doch Gelegenheit, ihre Landeskartoffelflächen in Bezirkskartoffelflächen umzutauschen, dann bekämen sie ihre Rationen – fünf Pfund – aus den Beständen der Stadt abgeliefert. Kartoffelschäden braucht einzutragen wohl niemand zu essen. Von dem Umtausch hätten in letzter Woche 1000 Personen Gebrauch gemacht. Ein heiliger Geist sei alles getan, um die Bestände der Erzeuger zu erhöhen. Auch bei der Landeskartoffelfläche habe sich die Amtshauptmannschaft energisch ins Zeug gelegt. Dieser aber stelle die Behauptung auf, der Geist sei bereits überwältigt worden. Das möge vielleicht theoretisch richtig sein, praktisch aber nicht. Man müsse versuchen, noch Kartoffeln heranzubringen.

Gemeinderatsmitglied Baumann: Ein Wochenquantum von fünf Pfund sei nicht ausreichend. Das vergebe ein harter Geist in Erwartung anderer Nahrungsmittel an einem Tage. Es müsse alles gelanzen werden, um die Vorräte beim Erzeuger zu erhöhen. Im Postschappel stände man immer unglücklicher da als in Dresden. Während Dresden z. B. in wenigen Wochen vier Pfund Wurstmehl verteilt habe, sei in Postschappel 1% Pfund weniger zu vergeben. Mit dem Wenigen könne niemand auskommen, zumal andere Nahrungsmittel auch selten zur Verteilung kommen. Es habe den Leuten, die täglich zu ihm kommen, den Rat gegeben, die Vorräte einzufangen. Das tun sie aus dem Grunde ungern, weil sie dann die Kartoffelflächen abgeben müssen.

Gemeinderatsmitglied Einhorn rät zur dringenden Vorbereitung der Nebennahme von Nahrungsmitteln. Zeit habe man sogenannte „Kartoffelgrubenwurst“ verteilen müssen. Die Bezeichnung „Hundefutter“ dafür sei noch zu gering; „Hundefutter“ sei dafür eingerichtet. Es sei ein Skandal, den Leuten solche „Wurst“ vorzusetzen.

Gemeinderatsmitglied Schaub legt die Sperrung des Weihenreigels und bedauert, dass die Gemeinden des Plauenschen Grundes nicht geschlossen gegen die heutigen Verhältnisse front machen.

Gemeinderatsmitglied Kräbschmar: Der Fall mit der Grubenwurst finde noch eine andere Illustration. Am Freitag habe die Gemeinde Kohlgruben und Mohrgrün aus Dresden geweckt. Darüber sei man froh gewesen. Er habe sich gleich um den Abzug bemüht. Aber beim Ausladen habe man die übelsten Erfahrungen gemacht. Kohlgruben wurde als Mohrgrün waren zerstört und angefault, und man habe müssen die Vorräte schändlich unter Preis verkaufen, und zwar zum großen Teil an einen Händler aus Düsseldorf. Es komme ihm vor, als sei das, was man aus Dresden bekomme, nicht viel wert. Es werde viel gekündigt. Die Gemeinde habe für 30 000 Mark Dörgermeise abliegen, die nur schlecht abgehe, und jetzt habe sie wieder für 5000 Mark Dörgermeise abnehmen müssen. Das sei doch eine starke Räumung. Wer habe denn nun eigentlich über das Wohl der Gemeinde zu bestimmen? Die Gemeinde oder die Herren vom Bezirkssatzungshaus?

Gemeinderatsmitglied Schaub: Die Gemeinden stehen den heutigen Zuständen mit gebundenen Händen gegenüber. Die Gemeinde als einzelner kann nichts machen. Es ist doch der Verein größere Landgemeinden gegründet, an den wir uns bereits gewendet haben. Ist denn von dort aus schon eine Antwort eingegangen? (Postchef: Nein!) Dann müssen die Gemeinden selbst energischer vorgehen. Es kann doch keiner Gemeinde zugesagt werden, dass verdeckte Geug zu bezahlen.

Schließlich wird ein Antrag Kräbschmar einstimmig angenommen, nach dem die Leibärden auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht werden sollen, die sich in den nächsten Wochen ergeben werden, wenn nicht schärfstens für Sonderlieferungen an Kartoffeln gesorgt wird.

Kriegserfahrungen und Ernährungswissenschaft.

Zu dem in unserer Zeitung am 9. März unter obiger Überschrift erschienenen Artikel sendet uns Herr Dr. Dienemann eine Richtigstellung, in der er sich gegen einige Stellen wendet, die geeignet seien, die medizinische Wissenschaft und ihre Vertreter in den Augen der Allgemeinheit herabzuwürzeln. Der bekannte Dresdner Arzt, über dessen Vorträge wir wiederholt berichtet, sagt in seinem Schreiben u. a.: Meines Wissens wird von keinem ersten Forstherer behauptet, dass die

Leben · Wissen · Kunst

Löchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Sie wollte etwas dagegen sagen, aber sie brachte nichts heraus. Das Herz stand ihr still; wenn er nun vielleicht fiele, wäre ich schlechter? Pötzlich war die Kriegerin, die arme Geigerin vor ihr. Was gäbe die jetzt dafür, könnte sie ausrichten, was zwischen ihr und ihrem Sohne stand! Hatte sie nicht erst neulich über dem Baum gesessen und war er gekommen gewesen, wie die Frau sich verändert hatte? Die Karte gefüllt zusammengefallen, das fiesliche Gesicht gelb ausgetreten wie das einer Mumie. Man soll einem, der im Krieg geht, die letzte Witte nicht abschlagen, sagte sie Emmie. Hatte das einfache Mädchen nicht eine große Mutter ausgesprochen? Wenn sie daran dachte, Rudolf war nicht wieder — nein, dann lieber —! Sie holte tief Atem, sah nach dem Sohnes Hand. „Warte doch wenigstens, bis der Krieg vorbei ist. Er kann nicht mehr lange dauern. Und ihr seid ja beide noch jung.“

Geraut weil Krieg ist, darum will ich nicht warten.“

„Dochzeitig riss er seine Hand aus der ihren. „Mit diesem Krieg! Ich habe keine Zeit mehr dazu.“ Die Geigerin schwoll ihm, er wurde schon wieder heit und rot, wie er gestern gewesen war.

Sie frisch besänftigend über seinen Uniformärmel. „Rudolf, mein Kind, ich liebe dich doch!“

Er lachte kurz auf: „Das merkt man!“ Sein Hohn tat er noch, aber sonst wiederholte sie: „Ich liebe dich, darum ist es dein Glück.“

„Ich verstehe dich nicht — du verstehst mich nicht.“ Er zog mit der Hand die Lust, als sei da ein tiefer Schnitt. In seinen Augen mähte er sie: „Wir haben verschiedene Anhänger von Glück. Du siehst da“ — er wies in weite Ferne — „ich hier.“

Es durchdrückte sie plötzlich: ja, sie verstanden sich nicht. Ein schmähender Schmerz besielte sie: das war ihr Kind, ihr lieber Rudolf nicht mehr. Ein Fremder war es, der da in ihr stand mit trockenem Stirn, die Zähne so fest aufeinander gelehnt, daß das Kind kantig erschien, fast brutal.

Es war nicht allein die Verletztheit, die ihn so veränderte, der Krieg, der Krieg! Der hatte ihn gewandelt. Dies ausgewachsene-feststellende, dies Nach-nichts-meht-fragende, rücksichtslose Draufgängen mit roher Kraft. Ach, so mußte es wohl sein, sonst könnten nicht Siege erschlagen werden.

Er hatte sich zur Türe umgewandt, noch zögerte er: alle sie vielleicht doch noch entlerten?

Sie sah ihn an mit Augen der Liebe und des Schmerzes: stand er, ein Knabe und ein Mann! All die Wünsche, die für ihn gehabt hatte, all die Hoffnungen, die sie auf ihn, auf diesen Sohn gesetzt hatte, auf seine vielsachen Beziehungen, auf seine Studien, sah sie zunächst werden. Wie wäre es etwas erreichen, wenn er sich jetzt schon fesselte? Hoffnungen! Es ging ihr wie Laufenden und überredenden von Müttern. Glücklich die, die noch nicht allein jungen bearbeiten mußten!

Zu hören sie, ein ungestümter Chor fliegenden, traurigen, geschnaugenen Mütter. Sie rauften die Haare, sie schlügen die Fäuste, ihr Wehegeul stieg auf zum Himmel, gleich starr, so durchdrückend wie zu Seiten der Hekuba.

Und allen voran die Krieger mit ihrem kleingeworbenen, symmetrischen Gesicht. Die hohle wie betrübtrend die Hände gaben sie: Dann ist es am schlimmsten, wenn man böse voneinander gegangen ist.

„Nein, nein! Heilig hätte laut ausscheinen mögen: es das nicht! Sie glaubte sie heiter geliebt zu haben, gegen ihn und gegen jede. Sie streckte ihre Hände nach ihm aus, ihre Stimme zitterte: „Mein Sohn! Wir haben schon mal miteinander gerungen — du wolltest in den Krieg, ich sollte dich nicht lassen — ich will nicht wieder mit dir ziehen!“

Es würde dir auch nichts nützen, jetzt ebenso wenig wie morgen. Und wenn du's auch wieder so nennst, wie es gehört genannt hast: Tochter, Kindert — nenne es zu meinem eigenen Wohlsein — ich kann nicht sein ohne Annemarie.“ Ich muß, ich muß. Ich will mein Glück.“

Dann — ihre Lippen zuckten, aber ihre zitternde Hand war fester geworden — dann in Gottes Namen werde dir nichts mehr in den Weg legen. Mit deinem Auge mußt du es selber ausmachen. Ich — sie stotterte, sie sprach nicht weiter sprechen.

„Mutter!“ Er faßte sie bei beiden Händen, in jugendlichen Umarmung, riss er sie an sich. „Ach, ich mußte es ja, bis doch meine gute Mutter!“ Er steckte ihre die ganz zum Wangen. Und Annemarie meinte, du möchtest sie nicht mehr. Du hast sie doch lieb, nicht wahr, Mutter — schon mit Liebe!“

Sie lächelte kaum. Ihr Kopf war gegen seine Schulter沉没, er konnte ihr Gesicht nicht sehen. „Sag nicht, wie in ihm arbeitete und aalte. Er schob sie von sich. „Mutter, soll ich die aber meine Annemarie!“ Er stürzte zur Tür.

Sie stand wie eine Geistesabwesende und starrte vor sich: „Doch — ein Opfer — das war ein großes Opfer. Die anderen Mütter hatten noch unendlich viel größeres Gefühl. Jetzt war die Zeit zum Opferbringen.

Zögernd fuhr sie sich mit der kalten Hand über das Gesicht, über die wirr gewordenen Haare. Sie zwang ein Lächeln auf.

X.

Die Glorie der roten Bachsteinkirche läutete. Die Kirche stand mittler im alten Dorf, aber das Dröhnen ihrer Glöckchen über die neuen Villenstraßen hinaus weit in die Felder. Wie läutete es? Weder ein Sieg? Um diese Mittagszeit standen keine Beerdigungen statt; es war wohl ein Fehler.

Holländisch war gesäubert, die Engländer abgezogen von den umkämpften Dardanellen; die östlichen Verbündeten sah sich kaputt unter großen Verlusten hatten die sie sich einzuschaffen müssen, es war ruhig geworden, da der Tod; was der Halbmond nicht erwogte, das die Engländer erwürgt. Die Geschütze schwiegen, nur jetzt dröhnten am verlassenen Strand. Und im Westen unterbrochen: „Schafstoppi! Dreißig ist ein schönes Alter!“

war es auch ruhig: nur kleine Artillerie- und Minenkämpfe, hier einmal ein Grabenkampf gewonnen, dort eins wieder verloren; das ging so hin und her wie Ebbe und Flut. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz in Gallizien und an der beharrlichen Grenze waren die Russen überall abgeschlagen, mehr als zweitausend ihrer Leichen lagen lethargisch vor der Front. Die Russen hatten freilich Menschen, Menschen ohne Zahl; Deutscheschweiz waren gleich, die die Luft verdunkeln, kamen ihrer immer neue und neue. Ein entscheidender Sieg konnte auch da nicht sein. In Polen standen, am Donau- und bei Chortorist — wer konnte die Namen alle behalten — überall das gleiche. An der Tiroler Front, zwischen den Bergen, starrend von Eis und Schnee, legte der Winter den Krieg lahm; ab und zu einmal im Gebirgs oder unten am Gardasee ein Schußgekatter der Italiener. Nur in Montenegro ging es lebhafter zu. Da stürmten die Kaiserlich-Königlichen Truppen gegen den winterlichen Nach. Der Löwen, der stark bestand, die vom Meer schwer und unwiderstandsfähig scheinende, steil ansteigende Mauer des Gebirges stand, war genommen — sollte es am Ende schon für企てん läuten?

Auf der Redaktion der *Ortszeitung* und beim Telefonamt fragte man neugierig und nerös geworden an.

Es läutete nur wegen einer Hochzeit. Und doch bedeutete auch die einen Sieg, einen raschen Sieg. Auch der Vater Berthold hatte nachgegeben. Vernünftigkunde wurden ja nicht gehört zu dieser Zeit, hämischer denn je begehrte die Jugend ihr Recht. Es war ihm schwer geworden, der überreichten Verbindung seines Jüngsten zusitztummen, wenn er die Leidenschaft des Jungen für das hübsche Mädchen auch wohl begriff, und daß der sich nicht mit einer Verführung aufs Ungemüde beruhigen lassen wollte. Wer konnte sagen: n a ch dem Krieg? —

Das junge Paar sah heute keine heiteren Gesichter um sich. Frau von Voßberg war gesunken, noch in tiefer Trauer um ihren Mann, und in Sorge um ihren Neben, dessen Zustand nach der letzten, nicht von ihm selber, sondern durch die Pflegeschwestern geschriebene Parole, bedenklich war. Sie wollte ja so gern ihre Tochter freudig beglückwünschen, aber die sie unvorbereitet treffende Nachricht dieser Kriegsstrauung und die überreichte Melje waren ihrem Herzen Jubel gegeben worden. Sie, die ihrem Gatten in gefaßtem Schweigen die Augen zugedrückt hatte, weinte jetzt laut: auch das noch! Sie hatte es verletzt, sich zu freuen. Und war es denn so zum Freuen? Annemarie materielle Zukunft war freilich gesichert, der Kampf um die Ewigkeit würde nicht an sie herantreten — aber wenn der junge Chemann sie oder zum Kappel wurde? „Hast du das auch bedacht?“ fragte sie weinend ihre Tochter, als die ihr lachend um den Hals fiel. Frau von Voßberg hatte in der großen, rheinischen Garnison zu viele junge Männer gesehen.

Das sollte ein Glückwunsch sein! Doch der Bräut-Augen trübten sich nicht. Sie wunderte sich nur einen Augenblick, hatte sie doch gedacht, die Mutter müsse sich jubelnd freuen mit ihr. Es nahm ihr nichts von dem Glückgefühl, das ihre Seele füllte wie einem überschäumenden Becher. Mit leichter Nachsicht streichelte sie die wellengewordene Wangen. „Du bist so zoghaft, du warst doch sonst nicht so. Ich verstehe dich gar nicht. Natürlich haben wir an alles gedacht. Wir haben auch alles besprochen, Rudolf und ich. Dan ist doch oft genug, man weiß doch, was man tut. Und, Mutter —“ Ihre strahlende Miene wurde nur für einen Augenblick ernsterhafter — „mag nun kommen, was da will! Und wenn es denn sein möchte, ich will lieber seine Witwe sein, als nicht seine Frau werden —“ Die Hand der Mutter legte sich ihr rasch auf den Mund.

Es war gut, daß die beiden jungen Voßbergs aus dem Redetentor mit zur Hochzeit hofften reisen dürfen. Egon und Eva-Maria waren sich sehr wichtig vor, sie reckten sich in ihrer Uniform. Der Krieg würde hoffentlich so lange dauern, daß sie auch noch mit herauskommen. Annemarie hatte die Brüder seit dem Tode des Vaters nicht gesehen, und damals war alles so traurig gewesen. Jetzt aber nickte sie sich mit ihnen, lächelte und war ausgelassen. (Fortsetzung folgt.)

Bunte Chronik.

Über die Annahme der Geschlechtskrankheiten bringt die Gründung zu dem eben dem Reichstag ausgegangenen Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten umfangreiche neue statistische Aufzeichnungen. Hierzu liegt z. B. die Zahl der in den Allgemeinen Krankenhäusern im Deutschen Reich an den häufigsten Geschlechtskrankheiten Behandelten von 46.494 im Jahre 1902 auf 105.508 im Jahre 1913. Dabei ist zu bedenken, daß die Zahl der in den Krankenhäusern behandelten Geschlechtskrankheiten nur ein geringer Teil der überwundenen Geschlechtskrankheiten vorgesehenen. Somit ist auf 1000 Einwohner 5,62 Geschlechtskrankheiten. Davon waren 89 v. H. männlichen und 11 v. H. weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Erkrankungsfälle an Geschlechtskrankheiten im Heer nahm bis zum Jahre 1900ständig ab, und zwar von 17,5 auf 17,8 pro 1000 der Bevölkerung der Armee. Die Ziffer erhöhte sich aber wieder auf 21,9 im Jahre 1913. In der Marine sind die Zahlen viel höher, im Jahre 1913 z. B. 57,8. Die Zahl der eingetragenen Geschlechtskrankheiten betragen zwischen 7,1 und 7,6 je 1000. Auch über die Wirkungen der Geschlechtskrankheiten führt die Begründung des Gesetzeswunsches statthaftes Material beigebracht. Als Radikalmaßnahmen treten Gefangenenzüchtungen, Herz- und Rüttelmethoden usw. auf. Die Syphilis pflegt eine Reihe von bedenkliden Organerkrankungen hervorzurufen, insbesondere Entzündung der Blutgefäße des Herzens, Entzündungen der Lungen, schwere Blaudurchblutung und Gehirnparoxysmen. Die Zahl der in den allgemeinen Krankenhäusern behandelten Fälle von Blaudurchblutung vermehrten sich von 2757 im Jahre 1902 auf 5716 im Jahre 1913, die der an paroxysmaler Entzündung leidenden Patienten von 203 auf 1182. Endlich werden noch Bitten beigebracht über die ungünstigen Einwirkungen der Geschlechtskrankheiten auf die Bevölkerungshäufigkeit. Während des Krieges leben sich die Geschlechtskrankheiten bekanntlich stärker verbreitet als zuvor.

Humor und Satire.

Mein Onkel feierte neulich in roicher Frische seinen 80. Geburtstag. Ich gratulierte ihm herzlich dazu und meinte: „Achtzig Jahre sind doch ein schönes Alter!“ Woran er mich mit den Worten unterbrach: „Schafstoppi! Dreißig ist ein schönes Alter!“

Konzerte.

Das letzte (IV.) Sommerkonzert der Herren Franz Wagner (Klavier), Fritz Schneider (Violine) und Hans Voitermund (Cello) bewies wiederum, welche erlesene künstlerische Höhe die Triospieler nun bereits erreichten haben. Da Klingt alles so feinlinig ausgenommen und gepliebert; jedes Instrument hat dabei einen solidischen Fleiß von vollzelter Ausdrucksfertigkeit, und eine süßliche Mußtheitgehebenheit verbindet alle drei. Robert Volkmanns tragisch durchwobenes B-Moll-Trio stand an der Spitze des Programms; das Werk in Rommisch in Sachsen geborenen Meisters steht ja heute in der Erziehung der Musikfertigkeit seit, aber Volkmanns Brief an den Pianisten Epstein aus West unter dem 8. Dezember 1898, entnommen der bei Breitkopf u. Härtel 1917 erschienenen höchst gelungenen Sammlung Volkmanns Briefe durch selten hier in Dresden lebenden Großmeister Dr. Hans Volkmann) hat doch dokumentarischen Wert; er schreibt: „... so gehört vielleicht immer noch eine gewisse Neigung zur Vorführung meiner B-Moll-Schmerzen zum Glück für Sie kostet Sie nichts dabei, da Ihr Ruf in Wien schon zu sehr steht, um durch den Erfolg einer Komposition noch erhöht werden zu können.“ Gestern gab es einen großen Erfolg wieder für das dankbare, schöne Werk; nicht minder durchdrückend wirkte noch einer César Franck's Violinsonate (gewundene Vorträge von Schneider und Wagner) das große Trio von Tschauderwitz: „Dem Andenken eines großen Künstlers gewidmet!“ Es fesselte trotz seiner Dinge durch die blühende Sprache und die wechselseitig lebendigen Bilder; nicht immer ist es musikalische Höhenmalerei, was hier Klang wird, aber es sollte eben wohl Bedeutung aller Spären sein, in denen sein vorheriger Freund Nicolai Rubinstein webte. Glänzend und witzvoll gespielt erlangte das Werk in der Darbietung, und es erfüllt mit Freude, daß die drei vorzülichen Künstler heute in der Vereinigung für Volksbildung und Kunstvöllege ihre reise Kunst auch weiteren Volksträumen zur Verfügung stellen wollen, die den gleichen Dank dafür haben werden wie der gestrige ausverkaufte Palmengartenzaal. E. B.

Vorträge.

Über deutsche Renaissance sprach am Mittwoch Dr. Erich Wulff im Konzerthaus. Der Vortragende hält die Zeit für eine dritte geistige Wiedergeburt deutschen Wesens in Kunst und Literatur für gekommen. Die erste deutsche Renaissance im Mittelalter und die zweite weimarerische haben den Durchbruch deutlichen Wesens nicht vollständig durchgeführt. Sie standen zu sehr unter antik-griechischen und italienischen Einfluß. Nur durch das Zurückgreifen auf die Quellen deutschen Wesens und Willens könne eine vollkommen deutsche Renaissance durchgeführt werden. Am zahlreichen Beispiele aus der germanischen Sagerei und Heldendichtung zeigt der Vortragende zunächst den Unterschied, zwischen der formale äußere Schönheit betonenden anischen und romanischen Dichtung und der auf tiefsten charakteristischen Ausdruck inneren Gelebens gerichteten germanischen Kunst; wie in der Dichtung, so auch in der Baukunst, Bildhauerei, Malerei und Musik. Dieser Unterschied ergeben sich zum wesentlichen aus den verschiedenen literarischen Verhältnissen des Südens und des Nordens, die auch die Sprache der Völker ihren besonderen Charakter geben. Zugleich erinnert auch wiederum der Charakter der Dichtung: im Süden malerische Ausschmückung der Schilderungen durch zahlreiche Motivier, im Norden Kraft und Herzheit durch Beschränkung auf die Anwendung von Hand- und Tätigkeitsmuster bei reichstem Inhalt und treffsicherer Klarheit des Ausdrucks. Ungeachtet sei auch die Zartheit des reinen Reims. Eine Angabe der besten deutschen Poeten von Goethe, Heine u. a. haben unvollen Reim. Sie wollen den inneren Gesetz nicht der äußeren Form opfern. Auch die Sonettform sei eine lateinische Form. Sie entspricht ebensoviel wie die Monotonie der lateinischen Schrift dem germanischen Strophen noch Versiebung und Verselbstfertigung des Ausdrucks. Nachdem der Vortragende noch durch eine Anzahl Beispiele aus Malerei und Musik sein Thema näher beleuchtet hatte, schloß er: Der Einfluß der Antike habe eine Absehung des deutschen Geistes bedeutet. Unser heutiges lateinisches Bildungsideal müsse überwunden und eine neue Stelle des deutlichen gesetzt werden, daß sich dann vielleicht ebensoviel Künstler wie einst die Antike, die Welt erobern werde. — Der sonst gewöhnliche Vortrag zeigt hier eine Konsequenz auf: Wenn es das antike Bildungsideal für Deutschland abhängt, vorwärts will er dann, daß das deutsche andere Völker übernehmen sollen? Es entsteht hier die Frage: Sollen sich die Völker in Zukunft auch in ihrem Bildungsideal nicht von einander abgrenzen, oder sollen sie durch wechselseitigen Einfluß nicht vielmehr einem Bildungsideal zugetrieben, das Habitus und Form in gleicher Weise entwickelt und harmonisch miteinander verbunden.

Bildende Künste.

Die Galerie Arnolds zeigt gegenwärtig eine Sonderausstellung des Dresdner Landschaftsbaus Paul Baum. Sie umfaßt die in neuerer Zeit entstandenen Werke des Künstlers, die von seinem jüdischen Vorfahren auf dem einmal eingeschlagenen Wege Zeugnis ablegen. Wir bewundern an ihnen die wunderbare poetische Verklärung der Natur, die feinfühlige Erwidnung und die gartempfundene Farbengebung. Sonnige Heiterkeit breitet sich auf allen diesen Bildern aus, die ihnen ein nahezu gleichmäßiges Gepräge verleihen. Ihr allgemein typischer Charakter überwiegt bei weitem die Stimmungsunterschiede im einzelnen. Das Wort: „Ander als sonst in Menschenköpfen, malt sie in diesem Maß die Welt“, kann man zwar auf die Auffassung Baum's nicht anwenden. Das wäre ziellos. Aber manches, was andere auch gefallen haben, steht des Künstlers um vieles feiner und östlicher. Ganz töricht ist in dieser Beziehung die Landschaft mit den entlaufenen Büffalen, die die Welt mit in Verwirrung und Trauer beseitend austreten. Aber auch über dieses Motiv trägt schließlich die gleichmäßige Muße und Heiterkeit der Gemälde die Wiederholung des Sieg davon. Wie stehen auch hier die Welt durch die heitere Weile einer optimistischen Weltbetrachtung und fühlen, daß aus dem Vergessen ein neues Werden emporwächst. Ein Motiv, das über einen solch heiteren Blick und über ein so feinwirksames Darstellungsmittel verfügt, wird zwar nicht die Menschenseele in ihren Tiefern aufzuwühlen, aber er wird sie beruhigen und erfreuen. jedenfalls wird man auch in Zukunft Paul Baum zu den vornehmsten Dresden's Landschaftsmälzern zählen müssen.

Dresdner Kalender.

Theater am 16. März. Opernhaus: Rigoletto (7). — Schauspielhaus: Glucksmann als Fräulein (7). — Albert-Theater: Im Zwielicht, ammen, Brüder. Der Barbier von Verona (7½). — Meißens Theater: Was die Mühme erzählt (3½). — Ratskeller (7½). — Central-Theater: Der ersten Liebe goldene Zeit (7½).

Das Königliche Konservatorium veranstaltet Dienstag, 7 Uhr, im Gewerbehause das Schulfest. Eintrittskarten im Königlichen Konservatorium, Landhausstraße 11, 2., Verderstraße 22, 1., Neustädter Straße 22, 1. Neustädter Straße 22, 1.

kleine Mitteilungen.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus

wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Als Nachfolger Senkes am Hamburger Schauspielhaus wurde vom Ausschusser des Schauspielbaugesellschaft in Hamburg Dr. Paul Geyer, der Intendant aus Darmstadt, zum Direktor des Schauspielhauses gewählt.

Gewerkschaftsbewegung.**Zweiter Verbandstag des Bauarbeiterverbandes.**

K. Gütterberg, 18. März 1918.

Den dritten Verhandlungstag füllte die Beratung des Verbandsstatuts aus. Das einleitende Referat gibt Verbandsvorleser Paeplow, der den Statutenentwurf des Vorstandes eingehend begründete. Dieser sieht eine völlige Neugestaltung des Status und der Verbandsinrichtungen vor. Der Verband soll sich künftig nicht nur auf das Deutsche Reich, sondern auch auf die ihm auf Grund internationaler Verträge zugehörigen Grenzgebiete der Nachbarländer erstrecken, wodurch praktischen Bedürfnissen in diesen Bezirken Rechnung getragen wird. Da die Gewerkschaften infolge der Verbelebung des Vereinsgedächtnis nicht mehr als politische Organisationen angesehen werden, schlägt der Vorstand vor, die bisherige besondere Jugendabteilung aufzuhoben und die Jugendlichen dem Verbande gleich als Mitglieder zuzuführen. In der Gliederung des Verbandes soll eine Änderung insofern eintreten, als mehrere Betriebsärzte Ortsvereine, die zum gleichen Wirtschaftsbereich gehören, zu einem Bezirkverein zusammengelegt werden. Die Vereinsvorstände sollen erweitert werden, ihnen ein Vereinsauditor zu Seite stehen. Der Beirat soll in der bisherigen Form bestehen bleiben. Paeplow wendet sich gegen Anträge, die den Beirat abschaffen oder ihm eine andere Zusammensetzung geben wollen. Vorstand und Beirat hätten gut zusammenzuarbeiten. Nach den Aufnahmen bedingen sind fünfzig vom Beiritt ausgeschlossene Kräfte und Zivilisten, auch wenn sie zeitweilig arbeitsfähig sind; über 60 Jahre alte Personen sollen nur ausnahmsweise aufgenommen werden. Das Beirittsgeld beträgt bissher 40 Pf. nach der Vorlage des Vorstandes schwanken es zwischen 1-5 M. je nach dem Lebensalter des Aufzunehmenden. Die wichtigste Reform des Status ist die der Beiritts- und Unterhaltungsgesellschaften. Paeplow betonte, daß beide Gruppen in un trennbarem Zusammenhang ständen. Der Vorstandsvortrag geht auf wesentliche Erhöhung der Beiträge und der Unterhaltungen. Aber, sagte Paeplow, erhöhte Unterhaltungen will, nur auch erhöhte Beiträge wollen.

In der ausgedehnten Diskussion begründeten die Delegierten die zahlreichen hierzu vorliegenden Anträge auf Wiederholung der Vorstandsvorlage. Im allgemeinen wurden die Vorläufe des Vorstandes günstig aufgenommen; sie entsprachen, wie erklärt, den Wünschen der Mehrheit der Kollegen. Gegenüber dem Vorschlag des Vorstandes auf Ausdehnung der Arbeits-

Iosenunterstützung auf das ganze Jahr, wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß dadurch der Verband zu stark belastet werde. Der Verbandstag überwies schließlich die Vorlage nebst den Anträgen einer Kommission.

Eine widerstreitliche Begehrungsrichtung.

In einer Schlichtungssitzung der Arbeiterausschüsse der beiden Kaiserstühle I und II bei Dortmund hatte der Schlichtungsausschuß den Schiedsentscheid gefällt, daß im März 1918 ein Haushaltsumschlüssel von 13,25 M. erreicht werden soll und daß die Durchschnittslöhne aller übrigen Arbeiterschaften in demselben Maße wie die Löhne der Hauer steigen sollen. Der Vorstande des Schlichtungsausschusses, Stadtrat Dr. Fluhmann, gibt nun amtlich bekannt: „Die Arbeiterausschüsse der beiden Kaiserstühle I und II“ haben sich dem Schiedsentscheid nicht unterworfen. Die Beurteilung der Begehrungen ist nicht möglich. Die beiden Kaiserstühle könnten die höheren Löhne (eine erhebliche Erhöhung liegt nicht einmal vor) sehr gut erhalten. Die Hauer gehören dem Eisen- und Stahlwerk Höchst, das schon zu Friedenszeiten 20 Prozent Dividende abwarf und jetzt reiche Mittel gewinnen möge. Die Regierung und die militärischen Behörden mögen sich nun selbst die Frage beantworten: Wer treibt zu Arbeitskonflikten?

Parteifangelegenheiten.

Dauernd Parteidikt oder Wiedervereinigung?

Diesen Titel trägt eine kleine Schrift des Parteihelldörfer N. Drescher in Halle a. S., die im Verlage der Frankfurter Verlagsanstalt in Nürnberg zum Preise von 20 Pf. erschienen ist. „Gewerkschaften und Anträge zur Reise in der deutschen Sozialdemokratie“ sind in dem Schriftchen zusammengefaßt, das im ersten Teile, nach einer allgemein gehaltenen Einführung die Ursachen und Antzeile und dann die Folgen der Sozialdemokratie auf Wiederbelebung zu zeigen versucht. Die Mittel und Wege zur Wiederbelebung sind im zweiten Teile Mittel und Wege zur Wiederbelebung zu zeigen versucht. Die Mittel und Wege zur Wiederbelebung in wesentlichen in dem Vorschlag, daß die jeweilige Widerheit in den Beiträgen der Orts-, Kreis- und Bezirksorganisationen, im Parteivorstande, in der Kontrollkommission und in den Redaktionen der Parteiblätter eine entsprechende Vertretung erhalten müsse, unter Abbilligung des Reiches, Widerheitsbekämpfung über ihre abwechselnde Stellung obzusehen. Abgesehen davon, daß die Widerheiten bei jeder neuauftauchenden Streitsache wechseln können, was handige, der jeweiligen Sachlage sich anpassende Umbildungen der Organisationsinstanzen erforderlich machen würden, kann die Wider-

heit der Dresdnerischen Vorstädte unseres Großherzogtums der Sozialdemokratischen Partei, die um so frustrierter wirkt, als einiger und geschaffener sie noch zuhören hin in die Entscheidung tritt, so lehrreich ist die Schilderung unserer politischen Organisationen verarbeitet und als schweres Leid für die Arbeiterschaft empfunden werden, wie doch aus den erwähnten Gründen den von Freuden und Erfolg nicht anstreben.

Briefkasten.

M. M. Rabeberg. Diese Zeichen dienen nicht zur Bezeichnung des Gewerbeschutzzustandes.

H. S. Kuitenstein. Sowohl Ihnen selbst, wie dem Kind kann der Name des Vaters verliehen werden. Sie möchten jedoch bestimmt mit einem Besuch an das Ministerium des Innern wenden.

M. A. Rüttigasse. Von der Elize ist uns leider nichts bekannt.

L. R. M. Am besten ist es, wenn Sie die Sachen bezüglich der Kriegswirtschaft mitteilen und in diesem Schreiben um die Bezeichnung Ihres Sohnes zu einer anderen Abteilung bitten.

M. A. Rüttigasse. Wenn Ihre Mutter in den Verhältnissen des Kindes keinen Urtaub hatte, dann hat er für diese Zahl keine Pflegegeld zu bekommen.

M. R. Ein Anspruch auf Überlassung von Kleidern ist Schaden bei der Entziehung besteht nicht. Es wird aber nicht anders übrig bleiben, als wie den Leuten, die bei der Entziehung wieder Kleider noch Schuhe haben, solche aus den Westen zu überlassen.

H. H. R. W. Das tragbare Ehrenzeichen für Treue in Arbeit wird vom Ministerium des Innern verliehen. Dorthin muß ein Antrag gerichtet werden. Am besten wäre es aber, wenn die Firma den Antrag einreichen würde.

Teleph. 14380 Linien 5 u. 7. **Ymians Thalia Theater** Görlitzer Str. 5 Anfang 8 Uhr Saal 1. Vorstellung. Nachmittag 4 Uhr kl. Preise. Kindsklasse. Donnerstag. Dienstag. Vorstellungskarten wochentags & Sonntags nachmittag.

Soeben ist erschienen:

Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Würzburg am 14. bis 20. Oktober 1917.

Preis broschiert 3 Mark

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Wittenberger pl. 10, und die Aussträger der Volkszeitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Dresden.

Am 13. März starb unser Kollege

Max Mäcke

Hohestraße 125, an einer Halsfrankheit. Preis

Die Beerdigung findet Sonntag den 17. März nachmittags 8½ Uhr, auf dem Blasewitzer Friedhof statt. Zahlreiche Beisetzung wünscht.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Ein treuer Vaterherz hat aufgehört zu schlagen.

Allen Bekannten die tiefsorgende Trauer, daß mein gutes Glück, mein heiliggeliebter Sohn und mein sorgender Vater seines einzigen Sohns, der gute Bruder, Schwager und Schwiegervater, der Straßenbahndienstfahrer **Artur Köhler** in blühendem Alter von 29 Jahren nach langem, mit Schuß entzogenem schwerem Leiden von uns gerissen wurde.

Dresden, den 14. März 1918.

Die schwerverwundete Tochter Lisbeth verw. Köhler geb. Kirsch nebst Söhnen Harry und Sonja mit ihrem Leben.

Mk. 4.20

unter Redaktion der Witwe und Beerdigung fest.

Danach:

Johann Köhler ist gestorben.

Zum 12. März, mittags 1 Uhr, verließ nach langer Krankenlager mein lieber Sohn den Himmel.

Bruder, Schwager und Onkel

Hugo Richard Pscheidl

im Alter von 44 Jahren. Im lieben Weil-

Die hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 21½ Uhr, vom Trauerhaus, Niederpesterwitz, Wittenberger pl. 29a, aus statt.

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, gute Mutter Frau Bertha Döring geb. Ziehner

am 18. März, nachmittags, plötzlich verschieden ist.

Dies zeigt tiefschwarz am

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonntag den 17. März nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhaus in der Lindenstraße 29, aus statt.

Der T

der auf die schlechtes fühl

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonntag den 17. März nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhaus in der Lindenstraße 29, aus statt.

Der T

Es ist ja so

Wohlhaber

berührt die

der ganzen

wir auf

Deutschland

deutsche W

Welt begin

Musenhalle.

Vorstadt Löbau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn 7, 18, 22
Täglich abends 8.10. Der neue große Nachschlag

Was werden die Leute dazu sagen?

Ein laufiges Bild in 3 Alten von Ingelkron & Schwartz.
Neu für Dresden!

Wer sich etmal recht herlig auslaufen will, der kommt.
Jeden Sonntag zwei Vorstellungen!

Vorverkauf täglich am Bühn.

Am Montag 1. Platz 20.

Achtung! [B 8880] Achtung!

Ab Freitag gelangen ca. 500 Buntner

gelbe Kohlrüben

in großen und kleinen Posten billig zum Verkauf.

P. Lencke u. O. Storbeck, Wittenberger Str. 2b.

Neue Frühjahrs-Moden

sind eingetroffen

in Krawatten, Wäsche, Hosenträgern, Handschuhen, Stöcken, Hüten, Mützen

Preiswerter Verkauf!

Straßburger Hut-Bazar

Wittenberger Straße, Ecke Zwingerstraße

Hauptstraße 2, Ecke Markt [S 220]

Reine Wanze mehr für 1.50 M.

Jetzt beste Zeit zur Wanzenbekämpfung.

Nur mit Nicodan I - II zu erzielen. Erfolg verblüffend.

Kinderleicht anzuwenden. Sehr günstig.

Doppelpackung 1.50 Mark nur bei Weigel & Jöh,

Marienstraße; bei Einführung von 1.00 Pf. portofrei zu senden nach auswärtig.

Sackitant: Kammerjäger R. Berg, jetzt Wallstraße 13,

früher Kästebildstraße 28. Telefon 27002.

Eröffnungs-Anzeige.

Der gehörige Einwohnerkult von Leuben u. Umg.

s. der Kennt, unsere Fleischerei wieder eröffnet

ist, daß wir gleichzeitig, daß uns früher entgegen-

gebrachte Vertrauen auch fernher zu bewahren.

W. 58] Hochachtungsvoll

Albin Steglich, g. g. im Elbe, und Frau.

Leuben, Marktstraße 2.

NB. Kundenanmeldungen werden Sonnabends bis

Montags, vorm. 9 Uhr, angenommen.

D. C.

Wir empfehlen:

Die Kohlenzille

und andere Erzählungen

z. von Robert Grödigk

Gebunden 5.00 M., Broschur 3.50 M. Durch die

Post 20 Pf. Porto.

Volksbuchhandlung, Wittenberger pl. 10.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

mit Hilfsdienst-Meldestelle

vermittelt geklärte und ungeklärte, männliche und weibliche Arbeiterschaft.

Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte des Heimatdienstes

Zwei mal monatlich erscheinende Stellenliste der Stiftung „Heimatdienst“. — Schiebgegasse 14. Telefon: männliche Abteilung 18018, weibliche 14088. „Heimatdienst“ 18016.

Bewilligung völlig festgestellt.

Wir suchen zu möglichst baldigem Eintritt einen tüchtigen

Drehermeister

der größere Werkstatt bereit mit Erfolg selbstständig geleitet hat und mit Wohn- sowie Arbeitsweisen aus bester Vertrautheit ist. Kriegsverletzte finden Berücksichtigung.

Bewilligungen mit Angabe der Geballatenprüfung sowie

Besitzung von Bezeugnisschriften erbeten.

Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik

vorm. Gebrüder Seck, Dresden 24.

Werkzeugschlosser, Dreher, Geschäftskontrolleure u. Einrichter

in dauernde Beschäftigung sucht Eisenwerk Coswig Akt.-Ges., Coswig 1. Sa.

Züchtige

Dreher u. Schlosser

sofort gef. f. Schließan.

Matchinenfabrik

Rostfrost & Schneider

Nach. V.-G., Dresden

Arbeitsnachweis für

<div data-bbox